

Bezugspreis: Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3... Reichsmark vorwärts schickbar.

Für 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Rolf und Ritt' mit 'Siedlung und Kleinpartien' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 25. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Geschäftsstelle: Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, abends von 7 bis 9 Uhr nachm.

Die Ministerkrise in Frankreich.

Die Sozialdemokraten zur Regierungsübernahme bereit.

Paris, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion und der Parteivorstand beschließen sich am Dienstag nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung mit der innerpolitischen Lage.

Paris, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Kammerfraktion hat am Dienstag abend gegen 9 Uhr eine von Comperre-Morel eingebrachte Entschließung zur innerpolitischen Lage einstimmig angenommen.

Taktischer Zug oder ernstler Vorschlag?

Paris, 24. November, 11 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Die Einstimmigkeit, mit der der Beschluß der sozialistischen Fraktion gefaßt wurde, erklärt sich daraus, daß er im Sinne der linken Flügel mehr als ein taktischer Zug ohne praktische Folgen gedacht ist.

Briand gescheitert.

Paris, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Briand ist mit keinem Auftrag gescheitert. Er hat seine Besprechungen mit Postulieren den ganzen Vormittag des Dienstag über fortgesetzt.

Am Freitag Locarno-Abstimmung.

Der Vorkomitee des Reichstags setzte am Dienstag den Arbeitsplan des Plenums bis zum Ende der nächsten Woche fest. Am Mittwoch wird die Plenarsitzung um 3 Uhr beginnen.

Krieges und der öffentlichen Arbeiten, und daß die Fraktion sich selbst die Auswahl ihrer Mitglieder vorbehalten müsse, die sie in das Kabinett zu entsenden gedente.

Der Präsident der Republik hat unmittelbar nach der Ablehnung Briands den Präsidenten der Finanzkommission des Senats Paul Doumer zu sich berufen und ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Unter den Postulieren, die am Dienstag nachmittag von dem Präsidenten der Republik empfangen worden sind, befand sich auch Poincaré.

Sozialdemokratische Anträge.

Verbesserung der Lohnsteuer. — Amnestie für Dienstvergehen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag zur Lohnsteuer eingereicht, daß ein Einkommen bis 100 M. monatlich vom Steuerabzug frei bleibt.

Kußerdem fragt die Fraktion die Regierung um Auskunft, wann die vom Reichstag geforderte und von der Reichsregierung zugesagte Vorlegung des Entwurfs eines Gesetzes über Amnestierung von Dienstvergehen zu erwarten sei.

Bessere Hilfe für Erwerbslose!

Annahme eines sozialdemokratischen Antrags. Dem Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten stand am Montag der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Verknüpfung der Unterstützung der Kurzarbeiter zur Beratung.

Am Freitag Locarno-Abstimmung.

Der Vorkomitee des Reichstags setzte am Dienstag den Arbeitsplan des Plenums bis zum Ende der nächsten Woche fest. Am Mittwoch wird die Plenarsitzung um 3 Uhr beginnen.

Das Protokoll.

Aus der konservativen Verschwörerführung. Die Rechtspresse schwankt noch, ob sie das Protokoll der Sitzung des weiteren Vorstands der konservativen Partei, aus dem Genosse Wels gestern einige marxistische Stellen vortrug, als „gefälscht“ oder als „gestohlen“ bezeichnen soll.

Graf Westarp selbst hat den Inhalt dieses Geheimprotokolls als „ausgefochten Unsinn“ bezeichnet. Der Reichstag hat dieser Bezeichnung mit heiterem Beifall zugestimmt.

Zur Geschichte der Rechtskoalition liefert das Protokoll wertvolle Beiträge. Also am 28. Mai d. J. war Graf Westarp noch der Meinung, die Fraktion, deren Vorsitzender er ist, und die er doch genau kennen muß, werde in ihrer großen Mehrheit — 70 bis 80 gegen 30 bis 40 Stimmen — den Sicherheitspakt im Reichstag annehmen.

Graf Westarp, der Fraktionsführer selbst, war allerdings schon damals nach seiner eigenen Behauptung innerlich entschlossen, den Pakt abzulehnen.

Die konservative Partei, deren Vorsitzender Graf Westarp war, bis er, an die Spitze der deutschnationalen Reichstagsfraktion berufen, das Amt an den Grafen Seidlitz-Sanbirczki abgab, lebt unter dem schwebenden Dach der Deutschnationalen, aber sie fühlt sich unter ihm nicht wohl.

Ergellenz v. Renner bringt freilich von einer Reise durch Süddeutschland schmerzliche Eindrücke heim. Er als Konservativer könne es „nicht verantworten, auf Hitlers Seite zu stehen, da dieser nur marxistische Interessen vertrete“.

Eine nicht geringe Rolle spielt in den Debatten das Verhältnis zu Hindenburg. Graf Westarp führt dazu aus: Ich habe seinerzeit die Jarres-Kandidatur mitgemacht.

Ich habe seinerzeit die Jarres-Kandidatur mitgemacht. Mit der Kandidatur Gehler zog um das Zentrum aus tatsächlichen Gründen solange hin, daß ich Bismarck dazu drängte, Schluß zu machen, was dann auch ungefähr zwei Tage vor dem festgesetzten Termin geschah.

Reichmann-Hollweg oder gegen die Reicheregierung einzuschreiten, an seiner absolut korrekten Auffassung der Anklagen und seiner Befugnisse scheiterte. Ebenso prüft er sehr genau, wie weit er zuständig ist und er wird schwer zu bewegen sein, seinen persönlichen Einfluss einzusetzen. Das ist die eine Hemmung in der Frage, ob er ins Freie machen wird. Zweitens sieht er sehr stark auf dem Standpunkt „Seid einig, einig, einig!“ und er wird sich darum nicht an den Kämpfen gegen die Sozialdemokratie beteiligen.

Wir haben auch schon gewisse Enttäuschungen erlebt, z. B. sein Anspruch in der Forderung, daß kein Krieg den Deutschen jenseitig könne — es sollte der Sieg in der jetzigen Zeit! Das Bild der Bereidigung war auch nicht herzerfreuend, Hindenburg über den Forten Schwarz-Rot-Gold! Löberöffnung die Sitzung und stand daher in nicht allzu weiter Entfernung von Hindenburg. Die gegnerische Presse behauptet ja auch, daß Hindenburgs Eid auf die Verfassung eine Stärkung der republikanischen Verfassung sei. Mit ungetrübtem Herzen war man nicht bei der Sache, weil man eben das ganze jetzige System verwirrt.

Herr Everling, der eine stärkere Betonung des monarchistischen Standpunktes in der „Kreuzzeitung“ wünscht, richt später in herzbrechende Klagen darüber aus, daß „man Hindenburg der Republik geopfert hat“.

Herr v. Malsb. Schütz hat Sorgen wegen der Bewertung der Wahl Hindenburgs für die monarchische Frage: „Hindenburg ist zweifellos nicht im Bege, aber wird das Volk, wenn die Zeiten unter Hindenburg besser werden sollten, nicht sagen: „Es geht ganz gut mit der Republik!“ Dann würde der monarchische Gedanke doch durch die Wahl Hindenburgs gelitten haben.“ Graf Westarp bestätigt diese Befürchtung. Daher muß die Vorbereitung für die Monarchie jetzt besonders stark betrieben werden.“

Um den ganzen Reiz dieser Debatte zu ergründen, muß man immer im Auge behalten, daß die Herren, die sich so mit inder streng vertraulich unterhielten, Mitglieder der bairischen „größten Regierungspartei“ gewesen sind. Als solche sind als brave Patrioten betrachteten sie die Möglichkeit, daß sich dem Volke besser gehen könnte, als eine Gefahr! Und der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion verlangt stärkeres Betreiben der Vorbereitung gegen die Republik, der die deutschnationalen Minister ein paar Monate zuvor den Eid geleistet hatten.

„Ausgefochter Unsinn!“ sagt Graf Westarp. Man könnte ebenso gut sagen: „Ausgefochte Niedertracht!“ Von der Schaffung einer Reichspartei der Konservativen Partei war in jener Sitzung viel die Rede. Herr Dr. Bovenchen soll sie schreiben. Inzwischen hat, wie man sieht, Herr Brauer, der Verfasser des Protokolls, zur Geschichte der konservativen und der deutschnationalen Parteien ganz hübschen Beitrag geliefert.

Der Kampf um den Frieden.

Reichstagsdebatte über den Locarno-Vertrag.

Nach den Reden von Wels und Westarp im Reichstage schien das Interesse an dem Schicksal der Locarno-Verträge bereits erschöpft. Während Gemisse Wels für die Partei des Friedens und der Zukunft die Zustimmung ausprobierte, sagte Westarp als Mann des Ewig-Beständigen nur unendlich leise Worte, um das Nein zu umfließen. Unter den nachfolgenden Rednern erschöpfte nur allem der volksparteiliche Scholz sich in polemischen Wendungen gegen einen großen deutschnationalen Strubler, um dessen Liebe man so wenig geworden hätte, und der nun alle Annäherungen so leblos von sich stößt. Bitter und enttäuscht wendet sich der leedere Scholz gegen die deutschnationale Presse, die ihn und seinesgleichen schon ebenso als „Landesverräter“ zu bezeichnen eignet, wie einst nur die Sozialdemokraten, die auf jeden Fall aber jedem die „nationale Gesinnung“ abspricht, der nicht die gerade fällige deutschnational-konservative Politik mit-

zumachen bereit ist. Freilich ist die Mehrzahl der volksparteilichen Blätter nicht minder gern bereit, anderen die „vaterländische Gesinnung“ abzuspüren. Aber da der lädieste aller Vorwürfe jetzt auch gegen Stresemann, Scholz und die volksparteilichen Sturmgewaltigen erhoben wird, da ist das selbstverständlich ganz etwas anderes.

Stresemann hat mit langen Ausführungen in seiner nachamtlichen Eigenschaft als Außenminister in die Debatte eingegriffen. Es war seine Pflicht, von der amtlichen Stelle die deutsche amtliche Auslegung des Vertragswerkes darzustellen, nachdem durch Westarp die demagogisch-nationalistische vorgebrachte worden war. Aber auch während der völkerrhetorischen Verteidigungsrede Stresemanns hatte man das Gefühl, daß hier mehr der Volksparteiler gegen den deutschnationalen Konkurrenten spricht als der Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Die Aussichten des Pactwerkes scheinen, nachdem Vertreter aller Parteien sich geäußert haben, klar zu sein. Deutschnationale, Völkische und Kommunisten lehnen das Vertragswerk ab. Sie unterstreichen diese Haltung durch einen Luftstoß gegen die Regierung Luther, die ohnehin ihren Rücktritt unmittelbar nach der Vertragsunterzeichnung angekündigt hat. Die Wirtschaftspartei, als Vertreterin des notleidenden Mittelstandes, schlägt sich unter Führung des Hohenzollernfreundes Vredt auf die Seite der Deutschnationalen. Sie will den Antrag unterstützen, monach über den Eintritt in den Völkerbund noch ein besonderes Gesetz gemacht werden soll. Das ist natürlich nur eine Verschleppung und Erschwerung einer an sich notwendigen und gerade durch Locarno unabsehbar gewordenen Handlung.

Aber trotz dieses mittelständlerischen Zuwachses wird die deutschnational-völkisch-kommunistische Front in der Minderheit bleiben. Nach den Erklärungen des Grafen Berchtesgaden wird auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei für den Pact und für den Eintritt in den Völkerbund stimmen, so daß mit einer großen Mehrheit der für die Entwicklung Europas und vor allem unseres eigenen Landes so bedeutungsvolle Niederwieder-Krieg-Vertrag genehmigt werden dürfte.

Die zweite und dritte Lesung, denen das Gesetz noch unterworfen ist, werden diese Tatsache nicht erschüttern, sondern unterstreichen.

Bayern und Locarno-Vertrag.

Die Haltung der bayerischen Regierung.

München, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Eine deutschnational inspirierte Korrespondenz verbreitete am Dienstag die Nachricht, daß zwischen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei und dem Ministerpräsidenten Dr. Held schwere Differenzen bestehen. Sie behauptet u. a., daß Dr. Held jählich sich die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei an einer zu bildenden sogenannten Locarno-Koalition im Reich beteiligen würde, er als bayerischer Ministerpräsident zurücktreten würde. An diesen Behauptungen ist nach Mitteilung von maßgebender Seite kein wahres Wort. Zwischen dem Führer der Reichstagsfraktion und Dr. Held herrsche volle Uebereinstimmung, vor allem auch über die Frage der möglichen Auswirkung der Annahme der Locarno-Verträge hinsichtlich der Innenpolitik.

München, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Zwischenauseß des bayerischen Landtags, der parlamentarischen Körperschaft während der Bundtagsferien, fand am Dienstag eine verspätete Beratung verschiedener völkischer Anträge statt, die von der bayerischen Regierung eine ablehnende Stellungnahme zu den Locarno-Verträgen fordern.

Ministerpräsident Held begründete in einer längeren Rede die Stellungnahme der bayerischen Regierung im Reichstag und erläuterte bei dieser Gelegenheit das gesamte Problem der deutschen Außenpolitik der letzten Jahre. Er billigte die Haltung der Reichsregierung in der Frage des Sicherheitspactes und betonte die absolute Unmöglichkeit, jetzt noch die Unterfertigung der Locarno-Verträge zu verweigern. Das würde für Deutschlands Politik und Wirtschaft von unabsehbaren Folgen begleitet sein, da die ganze Welt Deutschland beschuldigen würde, daß es die unbedingt notwendige Befriedung Europas ohne zwingende Gründe ver-

hindert habe. Anders stünde es mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, die in keinem notwendigen Zusammenhang mit den Locarno-Verträgen liege. Da die bayerische Regierung im jetzigen Völkerbund ein Instrument der Siegerstaaten zur Niederhaltung Deutschlands sehe, so sei sie für eine Verzögerung dieses Eintritts.

Der Führer der deutschnationalen Fraktion begründete hierauf eingehend die ablehnende Haltung seiner Partei mit den gleichen Argumenten, wie seine Freunde im Reich. Stresemann sei in der ganzen Sache von England auf das glattste geführt worden. Die Verträge seien nichts anderes als eine freiwillige Anerkennung des Verfalls der Republik durch Deutschland. Die Haltung der bayerischen Regierung sei eine Halbscheit und insofern eine Inkonsequenz, als sich Locarno unter dem Eintritt in den Völkerbund als eine politische Einigung darstelle. Der Ministerpräsident hätte im übrigen schon mit Rücksicht auf die Zusammenlegung der bayerischen Fraktion auch für die Locarno-Verträge sich der Stimme enthalten müssen. Ueber die völkischen Anträge wird erst am Mittwoch entschieden.

Ein völkischer Mörder freigesprochen.

Wieder eine Blüte mecklenburgischer Justiz.

Vor dem Schwurgericht in Rostock hatte sich ein Angehöriger des Frontbanns zu verantworten, der im September des Mitglieds des Reichsbanners Boller bei einem Zusammenstoß zwischen Hakenkreuzlern und Reichsbannerleuten durch einen Revolvererschuß getötet hatte.

Durch Zeugenausagen wurde festgestellt, daß der Erschossene in den Streit mit den betrunkenen Frontbannhorden lediglich schlichtend eingreifen wollte. Außerdem ergab die Beweisaufnahme, daß die Mitglieder des Reichsbanners keine feineren Waffen, nicht einmal Stöcke bei sich hatten. Obwohl der Hakenkreuzler augenscheinlich dem Herzen des Staatsanwalts recht nahestand, mußte dieser doch auch bei Zubilligung mildernder Umstände wegen Totschlags eine Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis beantragen. Das mecklenburgische Gericht aber brachte es fertig, den Angeklagten freizusprechen.

Der Getötete ist ja nur ein Reichsbannermann und Republikaner, der Mörder aber ist ein völkischer Frontbannmann. Dieser Gegenatz erklärt wie in Berlin — man denke an den Tod des Reichsbannerkameraden Schulz — so auch in Rostock vieles, wenn nicht alles!

Hamburg, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Am 18. November wurde bei Hamburg in einer Sengruhe die Leiche der seit dem 14. Oktober vermissten Kantoristin Soslke Bogen aufgefunden und festgestellt, daß ihr Tod durch mehrere Messerstiche im Halse herbeigeführt worden war. Der Hamburger Kriminalpolizei gelang es, den Täter in der Person des Badergesellen Otto Herwede zu ermitteln und festzunehmen. Er ist als Rohling bekannt. Im Jahre 1923 fand z. B. in einem preußischen Bortort eine in Hamburg verbotene Fahnenweihe des „Stahlhelm“ statt. Später zogen Mitglieder des „Stahlhelm“ in geschlossenen Kolonnen ab und zogen auf dem Rückwege mit Gummistockeln über Republikaner her. Dabei wurden u. a. auch ein Schwertkriegerbeschädigter und zwei fünfjährige jugendliche Leute so schwer verletzt, daß sie blutüberströmt ins Krankenhaus geschickt werden mußten. Bei dem Schwertkriegerbeschädigten wurde u. a. ein Armbruch durch Schlag mit einem Totschläger festgestellt. Als Haupttäter wurde damals der jetzt als Mörder festgenommene Herwede ermittelt. Eine Anzeige gegen ihn blieb erfolglos. Der Oberstaatsanwalt stellte das Verfahren ein, weil Herwede gegenüber dem wehrlosen Kriegsbeschädigten in straffloser Rotwehr gehandelt hätte.

In der „Täglichen Rundschau“ wird behauptet, es müsse mit der demnächstigen Einberufung des Stadtschulrats Paulsen in das Unterrichtsministerium gerachelt werden. Hierdurch werde die rein parteipolitische Einstellung des Ministers wieder einmal beleuchtet. Demgegenüber stellt die Unterrichtsverwaltung durch den Amlichen Preussischen Pressediener fest, daß die Absicht einer Einberufung Paulsens nicht bestanden hat und auch nicht besteht. Andererseits würde die Unterrichtsverwaltung es mit Genugtuung begrüßen, wenn ein Mann mit den pädagogischen Fähigkeiten Paulsens nicht dauernd unbeschäftigt bliebe.

So leben sie.

Von Hans Hackmad.

Nur mit Schaudern denkt man an die Jahrhunderte zurückliegenden Zeiten, die sich nicht zuletzt dadurch auszeichneten, daß die ehrwürdigen Häupter einen geradezu ungläublichen Luxus liebten. Selbst die erbärmlichsten und bedeutungslossten Vertreter der zahlreichen deutschen Fürstentümer glaubten durch Verschwendung, Feiern und Prasserei ihre edle Herkunft dokumentieren zu müssen. Während der selbstgelegene Bauer mit seiner Familie sich wie das Vieh abschnitten mußte, während man ihn die turloseten und drückendsten Steuern auferlegte, bauten die adligen und mächtigen Herren stolze Burgen und Schlösser, statteten diese in verschwenderischer Weise aus und verlebten darin mit Trost und Geschmeiß frohe Tage.

Wie erhoben fühlt sich unsere heutige Zeit über solche barbarischen Zustände! Wie stolz sind die Klappschreier der kapitalistischen Gesellschaftsordnung darauf, daß „so etwas“ heute doch nicht mehr möglich sei.

Kürzlich wußten die bürgerlichen Zeitungen unter der Rubrik „Interessantes aus aller Welt“ oder „Bermischtes“ zu berichten, daß in Budapest Nationalcasino bei einem Kartenspiel zwischen ungarischen Aristokraten der junge Baron Gerslitz auf einen Sitz der Milliarden ungarische Kronen verloren habe. Nach deutschem Gelde hätte der „junge Baron“ bei einem Spiel also nahezu 250 000 Goldmark verloren. Robert, wie Aristokraten nun einmal sind, gab man dem jungen Baron Gelegenheit zu einer Revanchepartie. Darüber wird berichtet: „Die Bank enthielt bei Beginn des Spieles nur 10 Millionen ungarische Kronen, die Beträge wuchsen aber rasch an, päter kam es zu Partien um 100 Millionen, und zum Schluß setung der Einsatz bereits eine Milliarde. Am Morgen des fünften Spieltages war die Partie zu Ende. Baron Gerslitz hatte 10 Milliarden — etwa 2 Millionen Goldmark — verloren, löste dann, um seine Kartenschuld zu bezahlen, seinen Wiener und Budapest Hausbesitz auf und verkaufte zwei Großgrundbesitze. Mit dem Rest eines Vermögens zog er nach England, um dort ein neues Leben zu beginnen.“

Ich, wie ist doch die Zeitung so interessant: der junge Baron verliert beim Kartenspiel mal eben 2 Millionen Goldmark, verliert das „Ehrenmann“ ein paar Riesenwerte, um seine Spielschulden zu bezahlen und zieht nach England, um dort ein neues Leben zu beginnen“. Für die bürgerliche Presse ist damit dieser Fall erledigt. Bismarck so ein erbärmlich bezahlter Handlungsgehilfe einmal mit der Postkassette von einigen hundert Mark durchbrennt, so ist er ein Schurke, der das Ungelugwerden verdient. Wenn sonst irgendein armer Teufel aus uns oder in einer plötzlichen Stimmung seines normalen Bewußtseins sich nur um ein geringes am Eigentum eines anderen vergeht, dann ist das selbstverständlich eine verabscheuenswerte Untat. Aber wenn der junge Herr Baron“

2 Millionen Mark Spielschulden macht und diese mit riesigen Vermögenswerten bezahlt, für die er sein Lebtag noch nicht einen einzigen Finger gerührt hat, dann ist das eine vornehme aristokratische Angelegenheit.

So leben also in einer Zeit des europäischen Rasseneifers, wo ganze Völker um ihr Dasein ringen, wo Millionen von Proletariatsknechten für Brot und Nahrung kämpfen, die Herren Aristokraten! Sie leben in einer besonderen Welt, in der es keine Ärzten gibt, die einen „jungen Baron“ mit 2 Millionen Mark Spielschulden einmündigen und flugs ins Tollhaus sperren; sie leben in der kapitalistischen Welt, in der es keine Staatsgewalt gibt, die einen gewissenlosen Verschwender enteignet und sein Prassergut zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet.

Die Barbarei des modernen Kapitalismus steht in nichts ihren mittelalterlichen Vorläufern nach!

Männergesangsverein „Nomenlos“. Chormeister Emil Thiele hat mit ansehnlichem Fleiß und andauernder Energie dafür gesorgt, daß der städtische Chor „Nomenlos“ in der Sängermittel einen durchaus klavollen Namen hat. Das Material ist gut, und es ist vor allem eine Freude, einmal wieder frischen, unverändlichen Tenorstimmen zu begegnen. Thiele ist offenbar kein Freund von der alten, etwas übertriebenen Quantierung. Ehrlich und gerade wird bei ihm nicht, manches könnte man sich etwas vertiefter denken, aber kaum wesentlich anders. Der fröhliche männliche Grundcharakter der Darbietungen und die sorgfältige Aufteilung auch bei anspruchsvollen Chören, z. B. bei dem überraschend gut gebauten Chor einer Komponistin, Grete Dieze, brachte den Sängern und ihrem Dirigenten bei dem dichtgedrängten Zuhörerkreis des großen Saales im Friedrichshain lebhaftesten und herzlichsten Beifall. — Sehr zu begrüßen ist es auch, daß einem so schwierigen und verfeinerten Kunstzweig wie dem Streichquartett auch hier eine gastliche Tür geöffnet wird. Das Mitwirken des Beslow-Schubert-Quartetts verdient die allerbeste Förderung. Wenn die temperamentvolle geborene Führerin noch etwas von ihren Primadonnenlaunen abgibt und namentlich die zwei Unterstimmen bei Figurenrollen und selbständigen thematischen Führungen etwas mehr tonliche und rhythmische Selbständigkeit erlangt haben, so ist es das beste Frauenquartett, was wir seit langen Jahren gehabt haben. H. R.

Die staatliche Statue. Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag über den Ankauf der algerischen Statue und die Beteiligung Preußens an diesem Erwerb erteilt der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nachfolgende Antwort:

„Die für die Ankaufbestellung der hiesigen Staatlichen Museen erworbene Statue kostet 1 000 000 RM. Nachdem 800 000 RM. durch private Stiftungen und Beiträge von Seiten des Reichs, der Provinzen und der Stadt Berlin zusammengebracht worden waren, hat die Staatsregierung besondere Mittel in Höhe von 200 000 RM. zur Verfügung gestellt; der verbleibende Rest bis zum Höchstbetrage von 100 000 RM. wird aus den etatsmäßigen Mitteln der Kunstmuseen in Berlin bestritten. Nach dem Gutachten aller maßgebenden und der amtlich zuständigen Sachverständigen ist die Statue echt. Das Staatsministerium selbst kann hierfür unmittelbar keine Verantwortung übernehmen.“

Moderne Lutanchamoa. Die ungeheuren Kostbarkeiten, die im Grabe Lutanchamons gefunden worden sind, stehen freilich in der Geschichte einzigartig da. Aber es gibt auch heute noch Leute, die ihn wenigstens in bescheidenem Maße nachahmen. In Amerika hat der Begräbnislingus eine erstaunliche Höhe erreicht, und der Präsident der amerikanischen Boerigungsunternehmungen, Frederick R. Patterson, schätzte kürzlich den Wert der Juwelen, die in den Vereinigten Staaten alljährlich ins Grab mitgegeben werden, auf 80 Millionen Mark. Die stets wachsende Verschwendungssucht bei den amerikanischen Begräbnissen schreibt man dem Einflüß der Iren zu, die nach der uralten Sitte huldigen, den Toten in seiner besten Kleidung und mit möglichst viel Wertgegenständen ins Grab zu legen. Die Särge, die man verwendet, sind häufig aus ornamentalem Silber, bisweilen sogar aus Gold. Der Grabdräher, der so viele ägyptische Königsgräber zur Beute gefaßt hat, sucht man durch Stahlgewölbe, durch Granitmaufwerke und durch alle möglichen Sicherheitsvorrichtungen vorzubehalten. In anderen Ländern ist es die Sitte der Grabbegaben in Abschied begriffen. Wie der Sekretär der britischen Begräbnissegeschäften Hurry mitteilt, beläuft sich der Wert der in England mitgegebenen Juwelen auf höchstens 20 000 Mark im Jahr; selbst der Trauring wird meist nicht ins Grab mitgegeben, und selten kommt es vor, daß eine Frau noch ihrer legitimen Bestimmung mit Schmuckgegenständen begaben wird. Nur auf dem Lande gibt man gelegentlich noch einen Trinkbecher mit ins Grab und bei Kindern die ersten Schuhe.

Ein Löffel-Jammer in Wollenbüffel. Zur Erinnerung an Lessings Tätigkeit als Bibliothekar wurde in der braunschweigischen Landesbibliothek in Wollenbüffel ein Löffel-Jammer eingerichtet, das mit Büchern aus dem alten braunschweigischen Schloß in dem Dörchen Solzbachum ausgestattet ist und eine ständige Ausstellung von Büchern von Lessings Zeitgenossen, eine Sammlung der Erstausgaben seiner Werke, Handschriften und besonders schöne Briefe enthält. Auch die wenig bekannte Totenmaske ist dort ausgestellt, ferner das erst vor kurzem angekaufte einjähige verbürgte Originalbildnis von Lessings Gattin Coo, das der Münchener Bildhauer Georg de Marcés, wie aus Lessings Briefen hervorgeht, im August 1770 geschaffen hat.

Das Berliner Theater. Das mit dem Anlauf des jetzigen Gastspiels freilich, ist an den Kompositionen Walter Brömmel herabgesetzt worden. Er wird dort seine Oberretten aufhängen. Die Volkshäuser halte sich auch um das Theater bemühen.

Das englische Theater deutscher Schauspielerei. Das Berliner Theater „Dumb-Burg“ einstudieren, dessen leuchtig süßige Dialoge sich ganz besonders für Studientheater eignen.

Eine wertvolle kunstgeschichtliche Gabe. Ein im Sächsischen Museum zu Triest untergebracht, dessen wenig beachteter Alarsaal wurde von Hermann Toh als ein hervorragendes Werk des herrlichen hochschönen Malers Hans Baldung Grien erkannt. Das Bild zeigt die Grabschneiderei der Menschen und Tiere vor und dürfte etwa um 1530 entstanden sein.

10 000 arbeitlose Kerle in der Sowjetunion. Laut Nachrichten des „Trib“ sind 10 000 in der Sowjetunion 10 000 Kerle ohne Beschäftigung, deren die Mehrzahl Frauen. Im Laufe von zehn Monaten d. J. sind nur 1000 Kerle, darunter 1100 Spezialisten, angebeschäftigt worden. Die meisten arbeitlosen Kerle sind junge Redigier, die im Jahre 1923 und 1924 ihr Diplom erhalten haben.

Der Hohenzollernskandal.

30 Millionen Barabfindung — 300 000 Morgen Land als Ausgleich?

Ueber die Abfindung der Hohenzollern verbreitet der „Reichsdienst der deutschen Presse“ folgende Meldung:

Wie wir erfahren, soll die Zustimmung des ehemaligen Kaisers zu dem Entwurf eines Vermögensvergleichs zwischen Preußen und dem Hause Hohenzollern schon erteilt sein. Dagegen dürfte noch die Zustimmung der preussischen Staatsregierung ausstehen, der dann noch die parlamentarische Erledigung folgen müßte. In der Frage der Barabfindung soll der Entwurf eine bedeutend niedrigere Ziffer als die bisher genannten enthalten; man kommt der Wahrheit wohl am nächsten, wenn man die immerhin recht bedeutende Summe von 30 Millionen annimmt. Diese Ziffer ergibt sich als Gesamtbarabfindung, wenn man den Bedarf der rund 40 Mitglieder des Hauses Hohenzollern entsprechend den heutigen Kapitalerträgen zugrunde legt. Dieser jährliche Bedarf wird auf rund 1 bis 1 1/2 Millionen geschätzt. Er setzt sich zusammen aus den Zuschüssen für die verschiedenen Mitglieder der Dynastie und aus Investitionen für Bewirtschaftung. Es ist zum Teil schon bekannt, daß mit Ausnahme der geringen Zahl von Kunstwerken in den im hohenzollernschen Besitz verbleibenden Schlössern sämtliche Kunstschätze in das Eigentum des Staates übergehen würden, insbesondere auch alle von preussischen Königen den Russen überlassenen Werke. Aus der Materie der bisherigen Unterhandlungen ist auch zu erfahren, daß im wesentlichen von den rund 80 Schlössern, Jagdschlössern und Villen vermutlich dem früheren Königshaus die Burg Hohenzollern, die Güter Rominten und Rabitten, in Berlin das Niederländische Palais, das Palais des alten Kaisers, das Schloß Bellevue und rund 300 000 Morgen Land verbleiben würden, wenn der oben genannte Entwurf im wesentlichen unverändert bleibt. Das gleiche gilt von den heutigen Wohnsitzen der in Deutschland lebenden Prinzen einschließlich von Dels.

Diese privaten Angaben bedürfen noch der Bestätigung. Dagegen wird uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß materielle Einzelheiten heute noch nicht als feststehend betrachtet werden können, daß aber die Verhandlungen soweit vorgeschritten seien, daß mit einem vorläufigen Abschluß Mitte der nächsten Woche gerechnet werden kann. Dann erst wird das preussische Staatsministerium, der Staatsrat und schließlich der Landtag entscheiden.

Daß Wilhelm von Doorn mit diesem „Ausgleich“ zufrieden ist, läßt sich vorstellen. Die ausländische Presse spottet schon heute über die Gutmütigkeit eines Volkes, das einem davongelaufenen Monarchen, der sein Volk in die tiefste Not brachte und dann sitzen ließ, zum reichsten Manne Europas macht. Ueber wird das Volk diesen berechtigten Spott über sich ergehen lassen müssen, wenn der Reichstag sich nicht dazu aufschwingt, dem Unfug durch Reichsgesetz ein Ende zu machen.

Fürstenaufhebung in Thüringen.

Die thüringischen Landesväter haben seit Uebernahme der politischen Macht durch die „Ordnungsregierung“ eine Flut von Prozessen gegen den Freistaat Thüringen losgelassen, die — falls das Reich nicht durch ein Reichsgesetz über Fürstenaufhebung eingreift — den Bankrott des thüringischen Staates unausweichlich machen. Unser Jenaer Parteiorgan stellt über die schwebenden und in Aussicht stehenden Fürstenprozesse u. a. folgendes fest:

Gotha: Der Herzog hat seinen Prozeß durch die bekannte Entscheidung des Reichsgerichts gewonnen. Millionen sind dem Volkswort entzogen und nahezu untragbare Lasten dem Freistaat Thüringen aufgeschuldet. Schwarzburg-Sondershausen: Vor dem Oberlandesgericht in Raumburg ist in der zweiten Instanz ein Prozeß anhängig. Streitobjekt: das gesamte staatsliche Kammergut mit 21 großen Domänen, mehreren Schlössern und 20 000 Hektar Wald. Der Vertrag vom November 1918 ist als „gegen die guten Sitten verstößend“ vom Landgericht Erfurt für ungültig erklärt worden. Schwarzburg-Rudolstadt: Auch hier klagt die Fürstin auf „Angültigkeitserklärung“ des Staatsvertrages von 1918. Streitobjekt: 12 große wertvolle Domänen und 1700 Hektar Wald. Sachsen-Altenburg: Der Herzog will ebenfalls den „Abfindungsvertrag“ vom Jahre 1919 anfechten und seine Ansprüche vor Gericht geltend machen. Sachsen-Meiningen: Der ehemalige Landesvater sollte sich im ersten Schreie mit 10 Millionen als Abfindung begnügen. Jetzt kommt er mit „Aufwertungsansprüchen“ und verlangt einen Aufwertungslohn von 100 Proz. Sachsen-Weimar: Die Jahresrente von 3000 Paplermark wurde von einem Schiedsgericht auf 100 000 Goldmark erhöht, trotzdem die „Landesmutter“ 75 Rittergüter in Ostdeutschland besitzt.

Die Galerie der thüringischen Fürstenprozesse ergibt also kein besonders erhebendes Bild dynastischen Egoismus und alten großen Mittelstandes mit dem ausgepöpelten Volk. Erst ein Reichsgesetz dürfte dem Unfug der thüringischen Fürstenprozesse endlich ein Ende machen!

Ehrung Damaskus.

Durch die Tötung der Bodenreformer.

Der Bund der deutschen Bodenreformer hielt am Montag in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg unter Vorsitz des Gründers des Bundes Adolf Damaskus seine 30. Hauptversammlung ab. In seiner Eröffnungsrede bezeichnete Damaskus als die Aufgabe des Bundes deutscher Bodenreformer, in stiller und unscheinbarer Arbeit das deutsche Volk zur Selbsttätigkeit zu machen im deutschen Boden. Unter großem Beifall wurde die aus Anlaß des 60. Geburtstages erfolgte Ernennung Dr. Damaskus zum Ehren doktor der Theologie der Universität Gießen bekanntgegeben. In dem Geschäftsbericht, den Dr. Damaskus selbst erstattete, hob er rühmend die wertvolle Bodenreformarbeit des anhaltischen Staates hervor, der es als erster in der ganzen Welt fertig gebracht habe, gesetzlich die Bestimmung anzunehmen: „Bei der Besteuerung wird der gemeine Wert zugrunde gelegt. Bauwerke auf und unter der Erde werden nicht besteuert.“

Regierungspräsident Genosse Krüger-Büneburg hielt einen Vortrag „Der Entwurf eines preussischen Städtebaugesetzes“. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Leitsätzen: 1. Die Gemeinden, welche Flächenaufstellungspläne aufgestellt haben, sollen ein gesetzliches Vorkaufsrecht erhalten auf alle Grundstücke, die innerhalb der Wohngebiete liegen, oder die nach dem Flächenaufstellungsplan für Verkehrsflächen und Grundflächen bestimmt sind. 2. Sie sollen ferner ein Enteignungsrecht haben für solche Grundstücke, deren Benutzung erforderlich ist zum Bau von Mittel- und Kleinwohnungen sowie für das für solche Wohnungen nötige Gartenland und zur Anlage von industriellen Unternehmungen, sofern Grundstücke durch einen Flächenaufstellungsplan zu Industriezwecken bestimmt sind. 3. Bei der Ausführung des Vorkaufs- und Enteignungsrechtes soll sich der Verkaufszins der Enteignungspreis richten nach dem Betrag, der für das enteignete Grundstück bei der letzten Einschätzung auf Grund des

Reichsbewertungsgesetzes vom 10. August 1925 festgestellt worden ist. 4. Gemeinden, welche Flächenaufstellungspläne aufgestellt haben, müssen verpflichtet werden, ein Viertel des für Mittel- und Kleinwohnungen bestimmten unbebauten Wohngebietes zu Heimstättengebieten zu erklären.

Prof. Dr. Söldt-Göttingen sprach über „Die Bewertung des Grundbesitzes im Reichsbewertungsgesetz“. Der Zweck des Reichsbewertungsgesetzes, die Bewertung des Grundbesitzes durch hierfür geschaffene Reichsbehörden, unter Mithilfe von sachkundigen Landes- und Gemeindebeamten einheitlich zu regeln, sei als erheblicher Fortschritt zu begrüßen. Schwere Bedenken hat der Referent gegen eine Bewertung nach dem Ertragswert. Dringend erforderlich sei eine einheitliche Bewertung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert in den eingemeindeten Vororten großer Städte und in Industriebezirken. Der durch Umwandlung von Ackerland in Bauland entstehende hohe Grundstückszuwachs werde viel zweckmäßiger durch eine rechtskräftige Zuwachssteuer ersetzt als durch eine scharfe Besteuerung nach dem gemeinen Wert.

In der Nachmittags Sitzung sprach Oberregierungsrat Dr. Hoppe-Dresden über „Mietzinssteuer und reine Grundrentensteuer“. Der anhaltische Landtagsabgeordnete Baumker behandelte die Trennung von Bau- und Bodenwerten in Anhalt. Die anhaltische Grundsteuer nach dem gemeinen Wert mit ihrer reinlichen Scheidung von Boden- und Bauwert entspreche durchaus den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit. Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsch, daß die anderen deutschen Freistaaten Anhalt nachfolgen mögen.

Regierungskrise in Thüringen?

Völkisches Mißtrauensvotum wegen Locarno.

Weimar, 24. November. (Z.) Wie verlautet, wird der Führer der Thüringer Nationalsozialisten Dr. Dinter im Landtage namens seiner Fraktion einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einbringen, weil sie im Reichsrat der Locarno-Vorlage zugestimmt habe. Das bedeutet, sofern die gesamte völkische Fraktion im Thüringer Landtag in dieser Frage hinter Dr. Dinter steht, vorankündigend den Sturz der Thüringer Regierung, da sie ohne die Völkischen im Landtage keine Mehrheit hat.

Ostelbischer Steuerkandal.

Steuerfabrikation der Großgrundbesitzer.

Frau Landtagsabg. Gen. Destreicher schreibt uns: Der Landkreis Ansternburg ist im Provinzialwahlkampf der Schauplatz erbitterter Kämpfe, die mit allen Mitteln der Verleumdung gegen den sozialdemokratischen Landrat geführt werden. Um in diesem Kampf durch Bereinigung besonders stark zu sein, haben sich die Rechtsparteien zusammengeschlossen zu einer Liste der Hindenburgwähler. Der Spitzenkandidat dieser Liste, der Gutsbesitzer Wagner-Slagutschen, ein „reiner Patriot“ und „treudeutscher Mann“, der Mitglied des Steueraussschusses ist, es also wissen muß, führte in einer Rede, die er im Kreislandwirtschaftsverband hielt, aus, daß Besitzer unter 60 Morgen im Kreise Ansternburg steuerfrei seien, auch über 60 Morgen würden sie von der Einkommensteuer befreit, wenn sie durch ihre Buchführung nachweisen könnten, daß sie kein Einkommen gehabt haben.

Die ostpreussischen Agrarier sind Reister der Buchführung, wenn es sich um Steuerdrückerei handelt, sie waren das ja von jeher, und so sind im Kreise Ansternburg, immer nach Wagners Ausführungen, von den

Besitzern über 400 Morgen 80 Prozent

Besitzern über 1000 Morgen 90 Prozent

von der Einkommensteuer befreit. Besitzer, die in Automobilen die Straßen unsicher machen, die Reisen ins Ausland mit der Familie unternehmen, die herrschend und in Fremden leben, sind von der Einkommensteuer befreit, während dem armen Gehalt- und Lohnempfänger von seinem schwer verdienten Geld die Steuer abgezogen wird.

Wie ist es möglich, daß die Beamten der Finanzämter diesen Unfug dulden, daß die Buchführungen nicht durch landwirtschaftlich vereidigte Sachverständige nachgeprüft werden. Denn, was hier durch die Inhabitation eines Mitgliedes des Steueraussschusses an die Öffentlichkeit kommt, ist Gefährdung nicht nur im Kreise Ansternburg, sondern in fast allen landwirtschaftlichen Gegenden.

Um das Rahm voll zu machen, soll der Präsident der Landwirtschaftskammer, Besitzer von 5000 Morgen Land, auch zu den Kostelnden gehören, die keine Einkommensteuer zahlen. Herr Dr. Brandes ist Präsident der gleichen Landwirtschaftskammer, die, als durch Schiedspruch vom 6. November 1924 und dessen Verbindlichkeitsklärung die geringen Landarbeiterlöhne um ein wenig erhöht wurden, dagegen protestierte, daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen auf die Gestaltung der Arbeiterlöhne einwirken! Das wirksamste Mittel gegen diese groß agrarische Steuerfabrikation wäre eine öffentliche Auslegung der Einkommensteuerlisten. Vielleicht würden dann auch die Finanzbeamten merken, welches Spiel getrieben wird.

Die deutschen „Reiniger“.

Aus Halle wird uns geschrieben: In Mitteldeutschland ist wieder eine Säule der Reaktion geborsten. Es handelt sich um einen Fabrikbesitzer Jänike aus der halleischen Vorortgemeinde Büschdorf. Jänike war zum ehrenamtlichen Gemeindevorsteher gewählt worden. Eine Revision der Gemeindefinanzen durch den Kreis führte bald zu der Feststellung eines erheblichen Defizits. Auch als die unter deutschnationalen Einfluß stehende Gemeindeverwaltung kurzerhand Voranschläge über hohe Summen als „tatsächliche Ausgaben“ verbuchte, änderte sich an dem Tatbestand nichts. Man versuchte zunächst, die Manipulationen des Herrn Jänike durch einige Freisenotizen zu vertuschen. Der Ruf des deutschnationalen Gemeindevorstehers wurde dadurch keineswegs gebessert, zumal bekannt wurde, daß sich der uneigennütige Fabrikant für seine Tätigkeit, für die sein Vorgänger 1200 Mark bekam, 6000 Mark Entschädigung hatte bewilligen lassen. Ein Teil der Gemeindegelder ist außerdem noch für den etwas dunklen Geschäftsbetrieb der „Jänike-G. m. b. H.“ verwendet worden, so daß sich die halleische Staatsanwaltschaft veranlaßt sah, diese Größe der deutschnationalen Kommunalverwaltung vor die Alternative der Verschaffung oder der Beschaffung einer erheblichen Sicherheit zu stellen.

Gegen den Duellunfug.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Bei der Beratung über das Militärstrafgesetz im Rechtsausschuß des Reichstags sind Strafbestimmungen gegen das Duellunwesen der Soldaten hineingebracht worden. Die schwerwiegendste Bestimmung ist die, daß in den Fällen eines Verstoßes gegen die Vor-

schriften auf diesem Gebiete auf Dienstentlassung neben der anderen Strafe erkannt werden soll. Dabei lag das Bedenken vor, daß eine solche Bestimmung im bürgerlichen Strafrecht fehlt. Um dieses Bedenken zu beseitigen, ist von der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage der Antrag eingebracht worden, dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich folgenden neuen § 210a einzufügen:

„In den Fällen einer Verurteilung auf Grund der §§ 201, 202, 203, 206, 207, 208, 210 StGB. ist für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen auf Dienstentlassung bzw. auf fristlose Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses zu erkennen.“

Selbstverwaltung des Memellandes.

Der Beginn verfassungsmäßiger Zustände.

Am Montag wurde der Memeler Landtag eröffnet. Damit hat eine neue Periode begonnen. Das Memelland wurde seit seiner Abtrennung von Deutschland von oben her, erst durch einen französischen Kommissar, dann von einem litauischen Gouverneur autokratisch regiert. Das Diktat des Versailler Vertrages kannte kein Selbstbestimmungsrecht; ohne die Bewohner zu fragen, wurden Deutsche aus dem Reichsverbande getrennt. Sechs Jahre lang wurde auch ihnen demokratisches Selbstverwaltungsrecht nicht gewährt. Jetzt erhalten sie endlich wenigstens einen Teil ihrer Staatsbürgerrechte zurück.

Über im Memelland besteht, ebensowenig wie im Saargebiet, auch in Zukunft kein Parlamentarismus. Der Landtag hat keinen Einfluß auf die Regierungsbildung. Der Gouverneur des Memellandes wird von der litauischen Regierung ernannt. Diese ernannt seinerseits den Präsidenten des Landesdirektoriums. Dieses wählt sich wiederum die Mitglieder des Direktoriums selbst aus. So ist verfassungsmäßig dafür gesorgt, daß die „Regierung“ des Memellandes den Wünschen der litauischen Zentralregierung entspricht. Die einzige parlamentarische Sicherung für die Memelländer liegt in dem Recht des Landtages, dem Landesdirektorium das Vertrauen zu entziehen; das Direktorium muß dann zurücktreten. Andererseits können Gouverneur und Direktorium den Landtag auflösen.

Es ist für die politische Hochspannung des Memellandes charakteristisch, daß die Memelländer die Einberufung des ersten Landtages nicht schon vierzehn Tage nach der Wahl, sondern erst vierzehn Tage nach der endgültigen Feststellung des Wahlergebnisses als einen Verfassungsbruch aufzufassen. Oder sie zogen daraus den Schluß, der neue litauische Gouverneur, der bisher politisch wenig hervorgetretene Jilius, wolle den neugewählten Landtag noch vor seinem Zusammentritt auflösen.

Der Wahlsieg der deutschen Einheitsliste mit ihren 27 Abgeordneten — denen nur zwei Litauer gegenüber stehen — veranlaßte kürzlich amtliche litauische Stellen, darauf hinzuweisen, daß es sich um keine deutsche Einheitsliste, sondern um eine deutsch-litauische Einheitsliste handele; auf dieser Liste seien auch Litauer gemischt worden. Hieran ist richtig, daß Angehörige der litauischen Sprachgemeinschaft sich zu den deutschen Parteien zählen.

Hoffentlich zieht die litauische Regierung und der litauische Gouverneur aus dem Ergebnis der Wahlen die Lehre, die Versuche, das Memelland zu litauisieren, aufzugeben. Die Memelländer haben oft, und auch diesmal wieder ihren Loyalitätsversuche, das Memelland zu litauisieren, aufzugeben. Je größer die politischen Freiheiten des Memellandes sind, um so weniger wird Litauen für den Bestand seines Staates zu fürchten haben.

Umklammerung in Syrien.

Über nicht der Drusen, sondern der Franzosen.

Paris, 24. November. (Z.) Der Sonderberichterstatter des „Temps“ schreibt, daß die französische Besatzarmee seit 48 Stunden unter starker Umklammerungsbedrohung durch die Drusen stünde. 500 bis 600 Mann unter Führung von Said el Wirsch, dem Bruder des Sultans Wirsch, seien von Dschebel Drus vorgedrungen bis Hermet, etwa 60 Kilometer südöstlich von Beirut. Es sei ihnen gelungen, die Drusenbewohner des Bezirks zum Aufstand zu veranlassen, wodurch ihre Streitkräfte auf mehr als 2000 Mann angewachsen seien. Die in Rachaja eingeschlossenen französischen Streitkräfte seien sehr gering. Wöchentlich zweimal habe die Besatzung nach Norden hin Verbindung gehabt. Diese sei aber seit fünf Tagen völlig abgeschnitten. General Gamelin habe gestern den Versuch gemacht, die eingeschlossene französische Truppe zu entsetzen, da die Besatzung durch Briestauben habe wissen lassen, daß Munition fehle. Heute, am 24. November, sei ein Flugzeug zurückgekehrt, dessen Führer mitteilen konnte, daß die eingeschlossene Truppe Verbindung mit der von Osten vorrückenden französischen Truppe bekommen habe. Aus dieser Nachricht schließt man, daß Rachaja baldigt von der drusischen Belagerung befreit sein werde.

Wie im Kriege gelogen wurde.

Eine Debatte im Unterhaus.

London, 24. November. (Z.) Im Unterhaus fragte Abgeordneter Kenworthy den Kriegsminister, wie das Gerücht über die „deutsche Leichenerwertungsfabrik“ während des Krieges entstanden sei und bis zu welchem Grade es damals vom Kriegsamt akzeptiert wurde. Kriegsminister Worthington Evans gab eine Uebersicht über die Angelegenheit und erwähnte dabei, daß auch ein deutsches Wörterbuch und deutsche anatomische Bücher damals als Beleg angeführt wurden, daß das Wort „Kadaver“ auch menschliche Leichen bedeute. Er fuhr fort: „Auf das damals vorliegende Material hin schien das Kriegsamt keinen Grund zu sehen, die Mitteilung für unwahr zu halten.“ Auf eine weitere Anfrage Kenworthys sagte der Kriegsminister, er glaube nicht, daß irgendwelchem öffentlichen Interesse durch neue Anfragen über diese Geschichte gedient werde. Kenworthy fragte, ob der Kriegsminister es nicht für wünschenswert erachte, im Hinblick auf Locarno usw. jetzt zuzugeben, daß die Geschichte unwahr sei. Worthington Evans antwortete, er habe sich nur mit der Information befaßt, die damals dem Kriegsamt vorlag. Die Tatsache, daß seitdem nichts bekannt gemeldet sei, was das Material bekräftigte, ändere natürlich das Aussehen der Sache.

Der Vornach-Untersuchungsausschuß des Reichstags verlegte sich am Sonnabend nach einer kurzen geschäftlichen Sitzung. Der Vorsitzende Reichstagsabg. Saenger (Soz.) teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß damit zu rechnen ist, daß die Oberstaatsanwaltschaft sich über die Einreichung oder Nichteinreichung einer Anklageurteil um Weihnachten herum schlüssig geworden sein werde.

Die tschechische Regierungsbildung. Der bisherige Ministerpräsident Sebek hatte mit den Führern der sechs tschechischen Parteien Unterredungen über die Regierungsbildung. Sebek bleibt im Amte, ebenso der größte Teil der bisherigen Minister. Änderungen sind geplant für das Finanzministerium, für das der frühere Minister Engliš in Aussicht genommen ist.

Gewerkschaftsbewegung

Der Dauerkonflikt bei der Reichsbahn. Endlich ein Schlichter bestellt!

Das Reichsarbeitsministerium hat den Staatssekretär a. D. Dr. Rübli, der auch das letzte Schlichtungsverfahren für die Reichsbahn leitete, zum Schlichter für die verschiedenen Lohnstrategie in einer Reihe von Reichsbahndirektionsbezirken ernannt. Ein Termin für den Beginn der Verhandlungen im Arbeitsministerium, die die einzelnen Schlichtungsverfahren zusammenfassend erledigen sollen, ist noch nicht bekannt. Die vertragsloslebenden Organisationen der Eisenbahner werden nunmehr bei dem Reichsarbeitsministerium dafür eintreten, daß die zentralen Verhandlungen nicht nur die Eisenbahndirektionsbezirke umfassen, in welchen Schlichtungsverfahren notwendig sind, sondern auch die übrigen Bezirke, da eine Neuregelung der Löhne für sämtliche Eisenbahnarbeiter dringend notwendig ist.

Es wäre gut, wenn die neuen Verhandlungen rasch durchgeführt würden. Seit einigen Tagen hat die Beunruhigung des Eisenbahnpersonals, besonders in Mitteldeutschland, angesichts der Ungewißheit über die Einleitung zentraler Verhandlungen bedenklich zugenommen. Nachdem die Hauptverwaltung der Reichsbahn nicht einmal den letzten Schlichter durchgeföhrt hat, der eine allgemeine Lohnerhöhung unter Berufung auf den Preisabbau ablehnte, ist es nur zu begreiflich, daß die Empörung der unterbezahlten Eisenbahner wächst.

Wie die Gewerbeaufsicht arbeitet.

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns geschrieben: Die Firma Leymann, Bremen führt beim Erweiterungsban des Blauer-Ihle-Kanals Rohbaggerarbeiten aus und hat entgegen der tariflichen und geschichtlichen Bestimmungen eine 12stündige Arbeitszeit eingeföhrt. Daneben wird noch die Leistung von Überstunden verlangt.

Mit einer Eingabe vom 12. September erluchteten wir das Gewerbeaufsichtsamt, Magdeburg II, die Firma Leymann zur Einhaltung der Bestimmungen über die Arbeitszeit zu veranlassen. Auf unsere wiederholten Anfragen ist uns folgende Antwort zugegangen:

Der Gewerberat Magdeburg, den 13. 11. 23.
Gewerbeaufsichtsamt, Magdeburg II Tränberg 43/45.
für die Kreise Wangleben, Bolmsiedel
und Neuhaldensleben, Verichow I u. II
und Stadtfreis Burg.
Tgb. Nr. 2338/25.

den Deutschen Verkehrsbund,
Magdeburg,
Stephansbrücke 38.

Auf Ihr Schreiben vom 11. November 1923 betr. die Firma A. Leymann, Boustelle Genthin, teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Angelegenheit nun hier ausverhandelt worden aber noch nicht zum Abschluß gebracht worden ist. Ich werde Ihnen zur gegebenen Zeit Mitteilung über den Ausgang der Angelegenheit machen.

Rach zwei Monaten teilt uns das Gewerbeaufsichtsamt mit, daß es die Angelegenheit „verfolgt“. Die Verfolgung wird wohl solange dauern, bis der Rohbaggerbetrieb durch den Winter zur Einstellung kommt und die Arbeiter entlassen werden. Dann hat der Unternehmer und erst auch der Gewerbeaufsichtsamt sein Ziel erreicht. Die Firma Leymann braucht keine Kürzung der Arbeitszeit vorzunehmen und der Gewerbeaufsichtsamt wird feststellen, daß die Verordnung über die Arbeitszeit eingehalten wird, da nicht länger, als wie in der Verordnung vorgelesen, gearbeitet wird. Es werden nur einige Arbeiter bei der Instandhaltung der Geräte beschäftigt.

Die in dieser Form geübte Kussicht über die Einhaltung der Arbeitszeitverordnung bedeutet eine Unterföhung der Unternehmer, die die Arbeitszeitbestimmung durchbrechen. Dringend erforderlich ist, daß die vorgelesene Behörde hier eingreift, um das Gewerbeaufsichtsamt Magdeburg II an seine Pflichten zu erinnern.

Aus dem Lager der Arbeitgeberverbände.

Die christlichen Gewerkschaften sind bekanntlich einer Erneuerung der früheren Arbeitsgemeinschaft mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeberverbände nicht abgeneigt. Wohl eben deshalb beschäftigt sich „Der Deutsche“ besonders mit der Wirtschaft in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Der Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände, Dr. Längler, befaßte sich kürzlich im Organ der Unternehmer mit den verschiedenen Feststellungen des „Deutschen“ über die Zustände in der Arbeitgeberorganisation und da er diese Feststellungen nicht entkräften konnte, griff er — wie dies in solchen Fällen zu geschehen pflegt — zu dem Kunstmittel einer Klage über den Ton und farbete „sachliche Politik“.

„Der Deutsche“ erwiderte hierauf: „So sehr es uns an sich gleichgültig sein kann, wie es im Arbeitgeberlager aussieht, ob dort ein mirres Durcheinander von persönlichen Bestrebungen und persönlichen Gegensätzen besteht, oder traumatische Harmonie der Geister, so sehr ist uns aber doch auch daran gelegen, auf Arbeitgeberseite ein sozialpolitisches Gebilde zu haben, das wenigstens einigermaßen noch die Hoffnung auf das endliche Zustandekommen einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft offen läßt. Augenblicklich aber befinden sich die Arbeitgeber durchaus nicht in der geistigen Verfassung und Einstellung, die zu solcher Hoffnung irgendwie nur berechtigen

könnte. Wenn man also im Arbeitgeberlager, wie es den Anschein hat, resigniert müde geworden ist ob der Zustände, die sich dort herausgebildet haben, und wenn man dort nicht die Kraft und den Willen aufbringt, um der Zukunft wegen einmal eine gründliche Durchprüfung der bisher angewandten Grundsätze und Methoden vorzunehmen, sondern die Dinge ihren Gang gehen läßt, in der Selbsttäuschung, es wird schon alles wieder gut werden, so müssen eben die Dinge von anderer Seite weitergetrieben werden.

Hätte Dr. Längler von sich aus „sachliche Politik“ treiben wollen, wäre nur nötig gewesen zu sagen: „Die Ausführungen, die „Der Deutsche“ und andere Gewerkschaftsorgane in den letzten Wochen in bezug auf die Politik und Persönlichkeiten der Vereinigung gemacht haben, sind nicht wahr.“

Er hätte dann auf den Kern der Dinge eingehen und sagen müssen:

Es ist nicht wahr, daß an Wissenschaftler nicht bloß die üblichen Honorare für literarische Mitarbeit, sondern besondere finanzielle Zuwendungen bis in die letzten Tage hinein gegeben worden sind.

Es ist nicht wahr, daß Gelder unter sozialpolitischem Deckmantel als Darlehen für dunkle politische Zwecke gegeben worden sind.

Es ist nicht wahr, daß die Vereinigung direkt oder indirekt enge Beziehungen zu angeblich sozialistisch und arbeitnehmerfreundlich eingestellten Verlegern hatten und haben.

Es ist nicht wahr, daß Tausende von „Aufklärungschriften“ von der Vereinigung unter neutralem Deckmantel in Arbeiterkreise hineingeschmuggelt worden sind.

Es ist nicht wahr, daß die Verfasser solcher Schriften, die nach Gesinnung und Herkunft im Arbeitnehmerlager stehen, nichts davon gewußt haben sollten, wie diese Arbeiten ihren Weg gemacht haben. Vor allem aber ist es unwahr, daß solche Arbeiten von der Vereinigung vor der Drucklegung ohne Willen der Verfasser unter Zensur genommen worden sind.

Es ist nicht wahr, daß es der deutschen Industrie gut geht, denn sie hat nicht beinahe 1/4 Million allein für eine Arbeitszeitpropaganda im letzten Jahre der Vereinigung zur Verfügung gestellt.

Es ist nicht wahr, daß innerhalb der Vereinigung über die Propagandatätigkeit ganz erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Alles das und noch mehr hätte Dr. Längler oder noch besser schon vor ihm Herr v. Borlig sagen müssen. Darüber hinaus hätten sofort die Presedementis folgen müssen.“

Die in dieser vom „Deutschen“ formulierten „Berichtigung“ stehenden Behauptungen sind zwar nicht mehr ganz neu. Immerhin ist ihre Zusammenstellung in dieser Form beachtenswert. Dr. Längler wird samt Herrn v. Borlig eine solche „Berichtigung“ unterlassen, weil die Liste dieser Behauptungen schwerlich entkräftet werden kann.

Zur Wertzwahl im Oberversicherungsamt.

Aus den Kreisen der Beiföhler des Oberversicherungsamtes Berlin wird uns geschrieben:

In den nächsten Tagen werden die Wertz für das Oberversicherungsamt gewählt, die die Umarbeitung und Begutachtung der Unfallverlehen bezüglich des Grades ihrer Erwerbsbeschränkung vorzunehmen haben. Die Wahl der Wertz wird von den Beiföhern der versicherten Arbeitnehmer und von den Beiföhern der Arbeitgebervertreter der Berufsgenossenschaften gewählt. Man wird sich wahrscheinlich für die Wahl der Wertz wieder die neuen Beiföhler ausuchen. Da scheint es notwendig, daß die Arbeitnehmerbeiföhler sich die Herren Wertz einmal genauer ansehen. Wer von den Beiföhern ist nicht schon — bei der Art der Umarbeitung der Begutachtung und Abschätzung des Grades der Erwerbsbeschränkung — nicht von Empörung erfaßt worden, wenn er die Namen wie Dr. Wagner, Prof. Dr. Reuhaus, Dr. Hamann, Dr. Romberg und Dr. Kempner hört. Diesen Herren können und dürfen wir Arbeitnehmerbeiföhler unsere Stimmen nicht geben. Gegen deren Wiederwahl erheben wir den schärfsten Protest. Wir wählen diese Herren nicht.

Aufbau und Zuständigkeit der Arbeitsgerichte.

Die Pflege des republikanischen Staatsgesetzes und die Klärung der neuen Rechtsanschauungen und Rechtsformen hat sich eine jüngst gegründete Zeitschrift „Die Justiz“, herausgegeben von Wilhelm Froner, zur Aufgabe gemacht. Die erste, sehr wertvolle und inhaltreiche Nummer bringt unter anderem die Besprechung des Entwurfes über die Arbeitsgerichte von Professor Dr. Hugo Sinner, in welcher der bekannte Verfasser seiner Meinung über Aufbau und Zuständigkeit der Arbeitsgerichte im neuen Entwurf Ausdruck gibt. Professor Sinner hält es für richtig, daß beim Aufbau der künftigen Arbeitsgerichte die Justiz beteiligt wird, trotz des sehr berechtigten Misstrauens, das heute in breiten Kreisen gegen den herrschenden Geist des durchschnittlichen Richtertums besteht. Er meint aber, daß eine Ausschaltung der Justiz von den Strömen des neuen Geistes eine weitere Formalisierung der Rechtspflege und die Förderung sozial und politisch rückständiger Gesinnung bei den Gerichten zur Folge haben würde, während bei ständiger Verührung mit Arbeitsangelegenheiten sich kein Richter dem neuen Lebensgeist auf die Dauer entziehen könne. Bei der überragenden Wichtigkeit der Rolle des Vorsitzenden, der beim Arbeitsgericht künftighin ein Richter sein soll, ist aber auf die Ausbildung der Arbeiterrichter das größte Gewicht zu legen, wozu ein gründliches Studium des Arbeiterrechtes auf den Universitäten und die Reform der Ausbildung der Referendare unerläßliche Vorbedingungen sind. Professor Sinner bedauert, daß es nicht möglich war, eine einheitliche Arbeitsbehörde zu schaffen

für sämtliche Fragen des Einigungs- und Schlichtungswesens und der übrigen Verwaltungsgebiete des Arbeiterrechtes. Trotzdem kann man nicht warten, bis diese Lösung gefunden sein wird, und so muß man deshalb einstweilen mit der Angliederung der Arbeitsgerichte an die staatliche ordentliche Gerichtsbarkeit vorliebnehmen. Was die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte anbelangt, so ist die Ausdehnung der Arbeitsgerichtsbarkeit auf alle Schichten des Arbeitnertums ohne Rücksicht auf eine gewisse Höhe des Lohneinkommens ein Fortschritt gegenüber den heute bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Auf der anderen Seite enthält aber der Entwurf eine Anzahl unbegründeter Einschränkungen der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte. So werden ausgenommen Streitigkeiten, deren Gegenstand die Gründung eines Arbeitnehmerrates bildet, des weiteren gewisse Ansprüche aus Arbeitskämpfen, soweit diese Ansprüche nicht auf die Verletzung von Tarifverträgen, sondern auf unerlaubte Handlungen im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches gestügt werden sowie auch arbeitsrechtliche Strafsachen, z. B. die Verletzung von Arbeiterchutzvorschriften usw. Es ist sehr unrichtig, diese Angelegenheiten der Entscheidung des Einzelrichters zu überlassen, während doch die Beiföhler der Arbeitsgerichte aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen zu ihrer Beurteilung im besonderen Maße berufen wären.

Ohne hier auf die Meinungsverschiedenheit darüber einzugehen, ob die Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten zugelassen werden sollen oder nicht, sei festgestellt, daß die Frage für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung zunächst erledigt ist. Sie hat mit aller Deutlichkeit befunden, daß sie diese Zulassung nicht will.

Karl Schabel

Karl Schabel, der langjährige Angestellte und Mitbegründer des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ist nach langem Leiden am 24. November verstorben. Mit Karl Schabel ist ein Gewerkschaftler der alten Schule verstorben. Als Kanalarbeiter gründete er Anfang der neunziger Jahre den Verein der Berliner Kanalarbeiter, der sich am 1. Juni 1897 der neugegründeten Organisation des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschloß. Der Verstorbene fand vom ersten Tage seines Eintritts bis zu seinem Tode in der vorerwähnten Gemeindearbeiterbewegung. Ost von Maßregelungen bedroht, hat Schabel seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt. Wie in der Gewerkschaftsbewegung fand der Verstorbene auch seinen Mann in der Partei, der er mehr als 26 Jahre angehörte. In der Geschichte der Berliner Gemeindearbeiterbewegung wird der Name Karl Schabel unberufen bleiben.

Der Zweipfennig-Schiedspruch verbindlich.

In dem Lohnstreit in der Chemischen Industrie der Eröbing Gelsen-Rassan und des Freistaates Hessen fanden im Reichsarbeitsministerium nochmals Einigungsverhandlungen statt, die jedoch nicht zu einem Erfolge führten. Der Reichsarbeitsminister hat alsdann den Schiedspruch der Schlichtungskammer vom 18. November 1923, der bekanntlich von beiden Parteien abgelehnt worden war, für rechtsverbindlich erklärt.

Der Spruch vom 18. November erhöht den Spitzenstundenlohn des Betriebsarbeiters über 21 Jahre um 2 Pf. Es ist beargwöhlich, wenn dieser skandalöse Schiedspruch keine Mühe in die Betriebe der Sektion II und VII der chemischen Industrie bringen wird. Ansehts der Gesundheit und Leben zerstörende Arbeit in den Schichtstätten, in denen Tag für Tag immer neue Experimente, bei denen das Leben der Arbeiter rücksichtslos aufs Spiel gesetzt wird, vorgenommen werden, ist ein solch unzufriedigender Ausgang des Lohnkonflikts unerträglich.

Abbruch des Kampfes in der bayerischen Chemie.

München, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Schiedspruch der bayerischen Schlichtungskammer in der chemischen Industrie Bayerns wurde von beiden Parteien angenommen. Die seit vier Wochen aufrechterhaltenen Aussperrungen und Streiks wurden danach sofort beendet. Die Lohnverhältnisse erfahren zunächst keine Veränderung.

Beigelegter Textilarbeiterstreik.

Köln, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der seit Wochen im Kölner Wirtschaftsbereich andauernde Textilarbeiterstreik konnte endlich beigelegt werden. Die Löhne werden um 1, 2 und 3 Pf. für die Stunde erhöht. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden.

Köln, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der seit Wochen im Kölner Wirtschaftsbereich andauernde Textilarbeiterstreik konnte endlich beigelegt werden. Die Löhne werden um 1, 2 und 3 Pf. für die Stunde erhöht. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden.

Schlüter, Kewalster- und Verteilerverband, Kewalster: heute abend 7 Uhr Hauptversammlung im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Sonntag und Montagabend 7 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter, Wirtshof; Verleger: Hermann Wietzenberger, Wirtshof; Verleger: Hermann Wietzenberger, Wirtshof; Verleger: Hermann Wietzenberger, Wirtshof.

Manuskriptanträge überreicht man nur dem Redakteur des „Deutschen“ in Berlin, Wilhelmstr. 17, unter der Postanschrift: „Deutsche“ in Berlin, Wilhelmstr. 17, unter der Postanschrift: „Deutsche“ in Berlin, Wilhelmstr. 17.

Schlaflosigkeit ist ein quälendes Leiden! Kaffee Hag macht keine Schlaflosigkeit!

Kaffee Hag, Probierstube Berlin, Kurfürstendamm 26a

Hausfrau sagt u. Küchenchef: Rahma-buttergleich ff

MARGARINE

Krampfadergeschwüren Frost- und Brandwunden Hautausschlägen

sie wird auch Ihnen helfen.

Koch & Becker Comm. - Ges. Berlin SO. 3 Skallitzerstr. 100

Weihnachts-Geschäft Stock-Motorräder

1 PS. 65 km

Arthur Sommerfeld Kraftfahrzeug G. m. b. H. Fernstr. 10 43, Kasse Köpenickerstr. 63 a 6

Gegegnungen an Köhn und Klante.

Die „Vereinigung deutscher Turfreunde“

Betten ist, wenn es zur Leidenschaft wird, eine sehr kostspielige Angelegenheit. Wie weit das blinde Vertrauen solcher weitläufigen Leute ging, das zeigt seinerzeit die Zusammenbrüche der großen Wettkonzerne Köhn und Klante, die viele um ihre letzten ersparten Pfennige brachten.

Ihrer Gründung hatten die Angeklagten den schönen Namen „Vereinigung deutscher Turfreunde“ gegeben. Ein Bruder des P., der ebenfalls noch Mitbegründer dieses „legensreichen“ Unternehmens war, ist inzwischen verstorben, und wurde jetzt selbstverständlich als der Hauptschuldige bezeichnet.

„Elite“ der Nation.

Unter dieser Ueberschrift haben wir am Freitag das unglaubliche Benehmen dreier Couleurstudenten auf der Friedrichstraße einem Ehepaar und später auch den Polizeibeamten genau über geschildert. Die „Vorwärts“-Rolle hat Wunder gewirkt: Bald nach ihrer Veröffentlichung erschienen die drei Exponenten des „Hochschulringes deutscher (!) Art“ bei dem Beleidigten und baten inständig um allen möglichen Entschuldigungsgründen und Beteuerungen für die Zukunft um Zurückziehung des Straftrags.

Anregungen nahm jeder Teilnehmer von der Tagung mit nach Hause, und es kommt nun auf die Energie an, die Gedanken, die hier gegeben worden sind, in die Tat umzusetzen.

Sozialistische Anträge im Stadtparlament. Straßensanierung an der Görlicher Bahn?

Dem Görlicher Bahnhof führt zu den Gassonstattsgrundstücken in der Görlicher Straße immer noch das alte Kohlenmagazin, das seit Jahrzehnten von der Straßenbahn mitbenutzt wird, aber auch noch zur Nachzeit von Kohlenzügen benutzt werden darf.

Die Stadtratsordnungsverwaltung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, die Verpachtung von Straßengelände an die Straßenbahnbetriebs-G. m. b. H. in der Görlicher Straße behufs Erweiterung der Anschlussgleise des Görlicher Güterbahnhofes zu unterlassen.

Nicht Baukontrolleure aus der Arbeiterklasse.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat ferner folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht, der schon der alten Stadtverordnetenversammlung vorlag, aber von ihr nicht mehr erledigt werden konnte: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, neben den zwei amtierenden Baukontrolleuren weitere Kontrolleure aus den Kreisen der baugeverbliebenen Arbeiterorganisationen anzustellen.“

Der Schulhausbau in Kaulsdorf-Süd.

Der Streit um die im „Vorwärts“ vor 14 Tagen gerügte Sittierung des Schulhausbaues in Kaulsdorf-Süd soll die notwendige Lösung finden. Der Magistrat hat, wie wir bereits meldeten, dem Plan der Errichtung einer Volksschule in Kaulsdorf-Süd zugestimmt, so daß die Ausführung des Baues in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Von der Legung des Bundes Deutscher Bodenreformer.

Wenn an den sachlichen Arbeiten des Bundes Deutscher Bodenreformer eine Reihe führender Sozialdemokraten teilgenommen haben, so zeigt allein diese Teilnahme schon von dem Interesse, dessen sich die Bodenreformbestrebungen in sozialistischen Kreisen erfreuen.

Die sachlichen Tagungen der Bodenreformer begannen mit einem Referat des Lüneburger Regierungspräsidenten Krüger über den Entwurf eines deutschen Städtebaugesetzes, das den Gemeinden das Recht gibt, sogenannte Flächenaufteilungspläne aufzustellen. In diesen Flächenaufteilungsplänen muß genau bezeichnet sein, welche Teile für Grünzwecke, für Acker und Gartenbau, für Industriezwecke, für Verkehrsflächen vorgesehen sind.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

„O ja, so spät schon?! Ihr Essen — was würde die Frau, bei der sie sich melden sollte, sagen? So rasch sie konnte lief Eva nach Haus. Ihr Herz klopfte, ihr Atem keuchte, sie konnte es gar nicht vertragen, so schnell zu laufen.“

„Ach, es war doch gar nicht schön für ihre kleine Eva, daß die so sehr viel allein sein mußte. Olga war froh, als sie nun wieder zur Schule ging.“

Morgen ihr ins Zimmer schaute. Eva war wohl und behaglich, gut geschlafen zu haben. Aber mit Evas Ohren war es doch nicht recht in Ordnung. Auch hier in der neuen Schule sah sie in der vordersten Bank.

telt dieser Kette zweifeln und darin nur ein klägliches Zeichen vö-
lligen Hedenmuts erblicken. Wie dem auch sei: der Fall beweist,
dass, wenn sich die Bevölkerung gegen das Treiben solcher Leute
kräftig zur Wehr setzt und die Höhe der reaktionären Preise in
Anspruch nimmt, sie auch mit den größten Kapitalisten „deutscher“
Art schnell fertig werden wird.

Die Dezembermiete unverändert.

Wie der Amtliche Preisdienst Preßdienst mitteilt, tritt in der
geheuligen Miete für Dezember keine Änderung ein. Es
bleibt demnach bei den Novemberzahlen in Höhe von 82 bzw.
78 Proz.

Stromstörungen im Westen Berlins. Die Überlastung der städtischen Werke.

Der Westen Berlins sowie die Gemeinde Wittenau sind am
Dienstagmorgen von einer sehr unangenehmen, mehrere Stunden
dauernden Stromstörung betroffen worden.

Die Ursache der sehr ausgedehnten Störung war verhältnis-
mäßig geringfügig. Bei der Metallwarenfabrik R. Löwenberg
Söhne in Borsigwalde wurde nachmittags gegen 4 1/2 Uhr
ein Defekt an der Leitung festgestellt, und die Kurzschlüsse machten
sich in dem teilweise noch im Bau begriffenen Umspannwerk
Wittenau der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke in unange-
nehmster Weise bemerkbar. Es trat sofort eine Überlastung
ein, da nicht nur das Wittenauer Ortsnetz für längere Zeit stromlos
wurde, sondern weil die an das Umspannwerk angeschlossenen Kabel,
die einen Teil des Westens von Berlin mit Licht und Kraft ver-
sorgen, ebenfalls ausgefallert wurden. Das Uebel wurde noch da-
durch vergrößert, daß der Unfall in der Metallwarenfabrik bei
Beginn der Dunkelheit erfolgte, zu einer frühlichen Zeit, in der von
den Elektrizitätswerken freis durch Spitzenbelastung verlangt wird,
daß in allen Geschäften, Privathausgehalten usw. in ganz kurzer
Zeit die Lampen eingeschaltet werden. Nachdem in dem Wittenauer
Werk die Leitungslinie nach Berlin ausgefallen waren, konnten
die auf den Unterstationen Jostener Straße usw. stehenden Dynamos
den richtigen Bedarf nicht sofort decken. Erst nach und nach war es
dann möglich, die einzelnen Strahenzüge durch Leitungsan-
gen wieder mit Strom zu versorgen. Auch die nach dem Kraft-
werk Oberspreewälder See durch den Unfall in Wittenau
in Mitleidenschaft gezogen, so daß es in den Städtischen Elek-
trizitätswerken längerer Zeit bedurfte, bis alle Schwierigkeiten
milder behoben waren. Die Hauptursache der Stromstörungen
in letzter Zeit ist darin zu suchen, daß die Berliner Städtischen
Elektrizitätswerke gegenwärtig weit über das Maß ihrer
Kräfte hinaus belastet sind. Neue Verbraucher, namentlich
größere industrielle Betriebe, können vorläufig Anschlüsse an das
Ortsnetz überhaupt nicht erhalten. Eine grundlegende Besserung ist
erst dann zu erhoffen, wenn das neue Großkraftwerk an der Ober-
see fertig vollendet sein wird.

Musikalische Abendfeier.

Das Arbeiterkulturkarneell Groß-Berlin veranstaltete
am Sonnabendabend im Gewerkschaftshaus, Engelauer, seine erste
desjährlige musikalische Abendfeier. Die Vorführungen zeigten un-
bedingt hohes, künstlerisches Niveau, die A-cappella-Chöre klangen
prachtvoll kraft und bewiesen eine außerordentlich sorgfältige
Schulung und Durchföhlung. Vor allem f6rten hier nicht Schwän-
kungen in der Tongebung und im Tempo, sonst der wundeste Punkt
bei Choorföhrungen, immer wieder kann sonst festgestellt werden,
daß das Tempo gehetzt oder verschleppt wird. Dr. Ernst Zander
zeigte sich als Dirigent von ausgeprägtem Gefühl für Rhythmus,
Tonföhrung und Steigerung. Gleich der erste Chor „Wach auf!“
aus dem dritten Akt der „Meisterfänger von Rürnberg“ bewies diese
Eigenschaften des Dirigenten. Es folgten die „Republikanische
Hymne“ und ein Gottfried Kellerfches Abendlied in der etwas kon-
ventionellen Vertonung von Martin Grabert. Ausgezeichnet gelang
die Wiedergabe des alten Rathederfchen Liedes „Von der edlen
Ruff“ aus dem Jahre 1690, das Dr. Zander neu bearbeitet hatte.
Gerade hier überragte das leichte, grazöse und schwingende Tempo.
Den größten Beifall fand das Volkslied „Neb heimland abel“ in
der Bearbeitung für gemischten Chor von Arnold Mendelssohn. Als
Solo war Georg Kriestädt, Konzertmeister der Staats-
oper, verpflichtet worden. Er spielte das Violinkonzert D-Dur von
Mozart, Beethovens G-Dur-Romance, eine Ranzurta von Wienaw-
ski und Variationen über ein Thema von Corelli von Tartini-Reisler.
Kriestädtf Vorzüge liegen nicht im rein Artistischen, das allein die
Variationen von Tartini-Reisler verlangen, sein Strich wird hier
zu schwer trotz einwandfreier Beherrschung der Technik, es fehlt ihm
das Spielerische, Ländlerische. Dagegen gelangen ihm ausgezeichnet
die Beethovens-Romance und der zweite Satz der Mozart-Sonate,
das andante cantabile, hier singt seine Geige, hier gibt er Ausdruck.
Es ist schade, daß das ausgezeichnete Konzert nicht stärkeren Besuch
aufweisen konnte.

„Rettung eines Schiffes aus Seenot.“

Bieder brachte der Berliner Rundfunk ein Hörspiel. Die
Autoren Cornelius Bronsgeest, Alfred Braun und Walter Branfen
bemühten sich die Rettung eines Schiffes aus Seenot aufschärl-
darzustellen. Aber es ist besser gerodet als gerettet worden. Besser
wurde bisher in zahllosen Kritiken theoretisiert als praktiziert. Das
ist nicht gerade erntereich, nachdem sich leider von Woche zu Woche
deutlicher herausstellt, daß Grammatik aufschärlfunktromen „Die
Katastrophe“ zu sein scheint, was der Titel zweideutig be-
deutet: eine Katastrophe. Dem gestrigen Hörspiel lag eine an sich
originelle Idee zugrunde: Ausfahrt eines Schiffes, Wätschdewohnut,
Geburtsstagsfeier an Bord, Motorschiff, Kommandochall, phy-
sichliches Austausch von Rotfingern, ein Schiff ist in Rot, Hilfeleistung,
Rettung Gefährdeter, Heimkehr. Es boten sich somit herrliche Mög-
lichkeiten, genutzt wurde kaum eine — abgesehen höchstens von der
schönen Windmaschine. Gewähr: auch Wind gehört zum schiff-
bräuligen Wille, aber wenn man nur Wind machen will, dann
hätten die Hörer des Rundfunks durch gute Aufföhrung von Wort-
dramen nicht schon so verwöhnt werden sollen.

Genosse Dr. Karl Renner spricht am Freitag, den 27. November,
abends 8 Uhr, im Großen Hörsaal der Hochschule für Politik (Mitt-
el-Saal, Schinkelplatz 6) auf Veranlassung der Vereinigung
sozialdemokratischer Studenten Berlins über „Brennproduktion
und Sozialisierung“. Gäste willkommen.

Billige Fischtagel! Durch große Fänge gehen die Fischpreise
zurück. Es kommen am Mittwoch, Donnerstag und Freitag,
vom 25. bis 27. November, zum Verkauf: Lebende Fische pro Pfd.
55 Pf., Goldbars pro Pfd. 80 Pf., Dorset pro Pfd.
25 Pf. und Kabinan oder Seezachs pro Pfd. 85 Pf. Im
ganzen Fisch (im Anschnitt etwas teurer). Die Verkaufsstellen
sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den
Ladengeschäften, in den Markthallen und auf den Wochenmärkten.

Im Auftrage des Volksbildungsamts (Kulturgebäude) Preussischer Berg,
richtig heute abend 7 1/2 Uhr, in der Halle der Städtischen Oberre-
chule, Falkenstr. 44/45, der Leiter der Stadtbibliothek, Prof. Dr. F. 124,
über den Aufbau des Berliner Städtischen Hörsaalbaus. Der Vortrag
wird unterstützt durch Zeichnungen und Vorführung von Schallbildern.
Der Eintritt ist frei.

Ein Lustmord an der böhmischen Grenze.

Ein ehemaliger Atomierleiter beging an der 60jährigen lebigen
Kartenerlegerin Franziska Schmidt in Wornsdorf (Eichhofschloß) einen
Lustmord durch Erderschöpfung mit einem Scheuertuch. Bei
der Hin- durch Henker verwickelte er Schärpe und Krage. Er
dürfte über die Reichsgrenze entkommen sein.

Was Krasmehln ist?

Die wirklich schöne Frau weiß es. Ob sie es gerade Dir
verrät, das wage ich zu bezweifeln.

Der Bellingonaprozess verlag.

Auf unbestimmte Zeit ...

Der zweite Verhandlungstag im Eisenbahnerprozess begann
mit einer recht sensationellen Wendung, indem der Prozess ent-
sprechend dem Antrag der Verteidigung auf unbestimmte
Zeit verlag wurde, um, wie es den Anschein hat, ihn über-
haupt in der Verfertigung verschwinden zu lassen. Schon
während des Botsaugenscheines an der Unglücksstelle konnte man
gewisse Verhandlungen zwischen den verschiedenen Anwälten der
Verteidigung und der Staatsanwaltschaft sowie der Staats-
anwaltschaft und des Gerichtshofes andererseits beobachten, die zur
Vertagung f6hrten. Die Sitzung begann gestern um zehneinhalb
Uhr vormittags und wurde mit dem Antrag der Verteidigung auf
Verschiebung des Prozesses und der Rückverweisung der Akten zur
Bereitschaft der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Advokat
Rono begründete namens der Verteidigung seinen Antrag auf
Verschiebung damit, daß sich im Laufe des Botsaugenscheines
wesentliche Irrtümer im Bericht der Bundesbahnen
herausgestellt haben, daß ferner die beiden Endfassunggutachten
erst vor zwei Tagen in die Hände der Verteidigung gelangt seien
und daß endlich ein neues Befassungsgutachten des Direktors Lei-
brand von den Deutschen Reichseisenbahnen erst gestern ein-
gereicht wurde. Schließlich habe sich das Gutachten der beiden
Sachverständigen der Anklage als eine einfache Kopie der Berichte
der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen an das
Eisenbahndepartement und den Bundesrat herausgestellt. In-
folge dieser Angaben schloß sich die Staatsanwaltschaft dem An-
trag der Verteidigung auf Verschiebung des Prozesses an, behielt
sich aber ausdrücklich jede Bewegensfreiheit vor, sei es in der
Richtung, die Anklage auf Grund eines neuen Aktenstudiums fallen
zu lassen, oder sie auf weitere Personen auszudehnen. Der Vertreter
der Staatsanwaltschaft hatte gleichfalls nichts gegen eine Verschiebung des
Prozesses einzuwenden unter der Voraussetzung, daß den Zivil-
parteien das Recht, sich als solche zu konstituieren, nicht bestritten
werde. Dieses Recht wurde nämlich von der Verteidigung in der
ersten Sitzung abgelehnt. Das Gericht beschloß schließlich im Sinne
dieses Antrages den Prozess zu verschieben und die Akten zur wei-
teren Prüfung an die Staatsanwaltschaft zurückzuweisen.

Kaf Grund geraten. Der 15000 Tonnen große amerikanische
Dampfer „Lebeland“ geriet in der Elbe bei Grundshaupten
im Rebel auf Grund. 17 Schlepper versuchten vergeblich, ihn ab-
zuschleppen. Erst nachdem ein großer Teil der Ladung an Leichter
abgegeben war, konnte der Dampfer wieder flott werden und
seine Reise nach Hamburg fortsetzen.

Im Streit um den Kommunismus. Im Eisenbahner
zwischen Brest-Litowsk und Baranowski entstand zwischen Reiten-
den ein Streit über den Kommunismus, in dessen
Verlauf ein Wole namens Szwadziwski in einem Wun-
anfall eine Frau Abramowitsch aus dem fahrenden
Zuge schleuderte. Der Täter ist verhaftet worden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Eintragungen für diese Rubrik sind
Berlin G. B. M. Eisenstraße 2.
Bitte an das Bezirksbüro,
1. G. B. 2. Zoon. rechtlich zu richten

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes
im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3.
Pünktlich erscheinen.
Der engere Bezirksvorstand trifft sich eine halbe Stunde früher.

1. Kreis Kierparten. Donnerstag, den 26. November, abends 7 Uhr, bei
Schöner, Oststr. 10, erweitertem Kreisvorsitzendensitzung.
7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr,
Versammlung der parteiunabhängigen Komitees der Bezirksämter bei Helmer,
Blumenberg Str. 21, Tagesordnung: Organisation der Parteivereine,
Bericht über den Kommunalbesuch.
14. Kreis Neukölln. Am Mittwoch, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr, im
Ober-Rain, Weststr. 8, Funktionärinnentag. — **Wahlbereichs-
leiter:** Freitag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr, im Ober-Rain,
Weststr. 8, Sitzung. — **Sitzung:** Freitag, den 27. November, abends
7 1/2 Uhr, im Ober-Rain, Weststr. 8, Sitzung. — **Sitzung:** Freitag, den 27. November,
abends 7 1/2 Uhr, im Ober-Rain, Weststr. 8, Sitzung.
15. Kreis Reinickendorf. Die Eisenbahner der westlichen Schichten vereinigen
sich am Donnerstag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr, im Reichshaus
zum Jubiläumstag. — **Redner:** Erwin Sauer, ein Arbeiter
berühmter Bekleidungsindustrie werden am Abend um sieben Uhr
über das Leben und Treiben in den Bismarck-Rinderhöfen
Abendessen, besonders die Art von Kindern von Koch Schütz, sind
freundliche eingeladen. Eintritt frei.

Heute, Mittwoch, den 25. November:

4. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Arbeiter in den bekannten Lokalen. Die Genossen
treffen sich zur Teilnahme an der Einbürgerung des amerikanischen Genossen
Dr. Hermann Weel nachmittags 2 Uhr bei Dohrbach, Oststr.
11.
11. 11. 11. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: „Die 1. Internationale“. Referent: Genosse Josef Grotz, die
Funktionäre müssen bereits um 7 Uhr pünktlich eblende anweisen sein.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
abends: 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 25. November.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsstücke). „Kraus-
kopf und Blödschädel“, von Therese Rosing, vorgelesen von
Elisabeth v. Elka. 4.30—6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der
Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzeptionsmeister Ferd. Kauffman.
6.45 Uhr abends: Dr. med. Fritz Stroblow: „Hygiene der Heizung“.
7.45 Uhr abends: Vortragsveranstaltung, „Die Erforschung der
Arktis mit dem Luftschiff“, 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule
(Hochschule der Musik). 8.45 Uhr abends: „Einführung in die soziale Gesetz-
gebung“, 8.45 Uhr abends: Kammermusik von Haydn
bis Schönberg. 4. Abend: Havemann-Quartett: Professor Gustav
Havemann, 1. Violine; Georg Kriestädt, 2. Violine; Hans Mahle,
Viola; Adolf Steiner, Cello. Mitwirkende: Rad Schmida, Klavier;
Alfred Richter, Klarinette. 1. Mozart (1756—1791): Divertimento,
Trio für Violine, Bratsche und Cello. Allegro — Adagio —
Menuetto — Allegretto — Allegro. 2. Beethoven (1770—1827):
Sonate F-Dur op. 24, Allegro — Adagio molto espressivo —
Scherzo: Allegro molto — Rondo: Allegro ma non troppo (Georg
Kriestädt und Rudolf Schmidt). 3. Mozart: Quintett für Klari-
nette und Streichquartett. Allegretto — Larghetto — Menuetto —
Thema con Variationen: Allegretto. Anschließend: Dritte Be-
kanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetter-
dienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmzeiten.

Morgen, Donnerstag, den 26. November:

6. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
6. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
6. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

Jugendveranstaltungen

Abend des 26. November

Heute, Mittwoch, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

Bildungsstunde:

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.
11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

11. 11. 11. 7 1/2 Uhr. Die Wählerbereinigung stellt aus.

Sport.

Ringerwettkampf im Walhalla-Theater.

Weltmeister Weimura Sieger im Mittelgewicht.
Am Sonntag fand der Schlussskampf der Mittelgewichte statt.
Der deutsche Meister Kunze und der Weltmeister Weimura waren
die letzten Gegner. Beide waren sich völlig ebenbürtig, aber die
größere Ringerschnelligkeit sollte auch hier den Sieg davontragen.
Kunze gab einen Untergriff zu tief, das nutzte Weimura blitzschnell
aus und rief seinen Gegner auf die Schultern. Ringzeit 43 Minuten.
Erster Preisträger wurde damit Weimura mit 9 Siegen, den zweiten
Blag belegte unser Meister Kunze mit 6 Siegen und 1 Niederlage.
Vorwiegend belegte mit 6 Siegen und 2 Niederlagen den dritten
Rang. Von nun an füllen nur die Schwergewichte das Programm
aus. Hans Schwarz und Stränge treten sich als alte Rivalen
wieder auf der Matte. Dieser schöne Kampf erinnerte an die Blüte-
zeit des Ringkampfes. Nach 43 Minuten gibt Stränge an den
Körper von Schwarz ab, dieser rief Strenge durch Ausreißen von der
Seite auf die Schultern. Weimura Scholz erlag dem Russen Ro-
manoff nach 33 Minuten durch Armfallgriff. Rawan und Laska-
teffe rangen bis zur Vollzeitsunde ohne Resultat.

Rennen zu Strausberg am Dienstag, den 24. November.

1. Rennen. 1. Startzeit (H. Scholz), 2. Odborn (W. Schmidt), 3. Wärsche-
zander (R. Kote). Toto: 64 : 10. Platz: 19, 14, 15 : 10. Ferner liefen:
Unschel II, Alois II, Auschlymphe, George, Caracas, Rabel, Big.
2. Rennen. 1. Depressio (W. Schmidt), 2. Wiegro (D. Zerk), 3. Parma
(H. Scholz). Toto: 64 : 10. Platz: 32, 33, 108 : 10. Ferner liefen:
Ersterfeld, Hilarius, Kornhäuer, Sturm, Raab, Atlantic, Espanola, Barjak,
Blühhsalp, Fuchse, Seleba.
3. Rennen. 1. G. Scholz (G. Derr), 2. Wamlag (H. Scholz), 3. Sonne
b. Dr. (H. Scholz). Toto: 33 : 10. Platz: 13, 12, 18 : 10. Ferner liefen:
Geldhorn, La Ramora, Wollta, Hestfeiler.
4. Rennen. 1. Trumbi (D. Zerk), 2. Angiff (D. Zerk), 3. Mäuselturn
(G. Scholz). Toto: 46 : 10. Platz: 21, 17 : 10. Ferner liefen:
Schwarz, Wolltopf.
5. Rennen. 1. Balkazar (G. Scholz), Mäftung, gel. (H. Scholz),
Kaschir, gel. (D. Zerk). Toto: 22 : 10. Drei liefen.
6. Rennen. 1. Diokur (D. Zerk), 2. Genus IV (H. Scholz),
3. Rosa Wehlich (H. Scholz). Toto: 44 : 10. Platz: 23, 69, 81 : 10.
Ferner liefen: Bestlein, Riß me quid, Ganymed, Le Ghalenge, Juanita III,
Uho, Selahone.

Better für Berlin und Umgegend. Bedäufende, meist härtere Gewöhnung,
einzelne leichte Regen- oder Schneefölle. Weilere Abkühlung; nachts Frost.
Für Deutschland. Best. besteht, einzelne Regen- oder Schneefölle, tagsüber
Temperatur um Null; nachts mäßiger Frost.

Hat ein Mädchen mit langem Haar oder mit Badikopi bessere Heiratsaussichten?

Wer uns diese Frage auf einer Postkarte mit höchstens 25 Worten
beantwortet, erhält ein Originalpalet Glida-Geschäftspflege sofort
(das Hauptpaquet für 30 Pfennig) und ein Glas Glida-Zeile
leiste zu 20 Gramm. Auch Antworten von Herren sind uns
sehr willkommen, da die Verwendung von Glida-Geschäftspflege
auch für Herren eine Wohlthat und ein Gebot der Gerechtigkeit ist.
Parfümerie Glida A.-G., Leipzig, Abtlg. B.3.

Erste Lesung von Locarno beendet.

Neun Parteivertreter und Stresemann.

Hg. Jehrenbach führte im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung aus: Die Aufhebung des Delegierten-Systems, das in scharfem Gegensatz zu dem Artikel 5 des Rheinlandabkommens stand, wird von uns als die Wiederherstellung des vertraglichen Zustandes gewertet. Leider ist damit die im angezogenen Artikel gewährleistete volle Freiheit der deutschen Verwaltung nicht erreicht worden.

Besonders bedauerlich ist die Fortdauer der drückenden Einschränkung der Pressefreiheit und der Zensur über Theater, Konzerte, Vorlesungen usw., überhaupt der gesamten Kulturbestrebungen. Das gleiche gilt für die fortdauernde Beschränkung des Versammlungsrechts in Garnisonstädten. Das Bedauerliche an der neuen Verordnung 308 ist ihre Dehnbarkeit.

Wir wollen hoffen, daß die Handhabung der Verordnung anders ausfallen wird, wie ihr Buchstabe und daß sich daraus von selbst eine Revision ergibt.

In ruhiger und verantwortungsvoller Abwägung der Verbesserungen und Mängel kommen wir aber trotzdem zu dem Ergebnis, daß die Vorteile des Wertes von Locarno für Deutschland sowohl wie für Gesamt-Europa so erheblich sind, daß man die Beseitigung der Mängel füglich der Zukunft überlassen kann.

Die Annahme der Verträge von Locarno ist verbunden mit dem Entschluß zum Eintritt in den Völkerbund. Wir sind bereit, dem Völkerbunde unsere Mitwirkung zu leisten.

Dabei können wir selbstverständlich unsere eigenen Lebensnotwendigkeiten nicht außer acht lassen. Wir können das um so weniger, als der eigentliche Zweck des Völkerbundes, die allgemeine Abrüstung bisher nicht erfüllt ist und alle Nachbarstaaten um uns herum in Waffen starren, während wir, die wir mitten zwischen ihnen liegen, keinerlei Kriegsrüstung besitzen. Wir erwarten, daß eine friedliche Gemeinschaftsarbeit der Nationen auch den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und der Erhaltung der Kultur des Abendlandes dienen wird. Die Verträge von Locarno in dieser Richtung wirksam zu machen, ist eine heilige Pflicht aller Nationen. An uns soll es nicht fehlen. Mehr aber noch als Deutschland können und müssen die größeren und mächtigeren Staaten das Ihre tun. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.):

Das Problem der deutschen Außenpolitik ist nicht, als Gleichberechtigter mit Gleichberechtigten internationale Verträge abzuschließen, sondern das Problem ist, diese Gleichberechtigung im Rate der Völker in zäher Arbeit erst wieder zu erringen. (Sehr wahr!) Die einzige Frage, die deshalb gegenüber diesem Vertragswerk vorliegt, ist, ob es die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands verfehlt, ist, ob es die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands verfehlt.

Die Frage, ob eine fühlbare Besserung gegenüber dem bisherigen Zustand durch die vorliegenden Verträge erreicht wird oder nicht und, ob die sogenannten Rückwirkungen dieser Verträge ebenfalls eine fühlbare Erleichterung bedeuten, ist nach unserer ehrlichen Auffassung zu bejahen. (Lebhafte Zustimmung bei der D. Vp.) Dabei möchte ich im Namen meiner Fraktion eine Reihe von Feststellungen machen, die insbesondere nötig erscheinen nach den Ausführungen des Vertreters der Deutschnationalen. Zunächst handelt es sich um

die Kriegsschuldfrage.

Wir erwarten von der Reichsregierung eine Erfüllung ihrer feierlichen Zusage, daß beim eintretenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erneut diese Feststellung woltzogen wird. Nach unserer Auffassung steht im Westpakt nichts von einem Verzicht auf deutsches Land; es wird nur auf gewalttätige Maßnahmen verzichtet. Artikel 6 bedeutet nach unserer Ansicht nicht die freiwillige Anerkennung des Friedensvertrages von Versailles. Was unseren Eintritt in den Völkerbund betrifft, so bin ich niemals sein begeisterter Anhänger gewesen. Es wird auch jedem Deutschen recht schwer gemacht, es zu sein, aber in der gegenwärtigen Lage — das betone ich besonders auch denen gegenüber, welche darauf hinweisen, daß wir vor ein oder zwei Jahren zum Eintritt nicht bereit waren — erscheinen uns die Vorteile des Beitritts so groß, daß uns zurzeit eine Ablehnung nicht angebracht vorkommen will. Die Voraussetzung allerdings dafür muß die sein, daß die Gleichgewichtslage in Europa, an der wir ein vitales Interesse haben, nicht gestört wird und daß der Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde Deutschland nicht Verwicklungen mit anderen Staaten aussetzt.

Deshalb stellen auch wir als die einzig mögliche Auslegung der Artikel 16 und 17 der Völkerbundscharta fest, daß Deutschland allein und ausschließlich darüber zu befinden hat, ob und inwieweit es den Verpflichtungen aus Artikel 16 nachkommen will, und wir stellen ferner fest, daß darunter auch das Durchmarschrecht und die wirtschaftlichen Maßnahmen fallen.

Bei dieser Auslegung und unter Bezugnahme auf die Protokolle von Locarno scheint uns jede Gefahr beseitigt, daß etwa mit dem Eintritt in den Völkerbund Deutschland kriegerische Verwicklungen mit anderen Staaten aufgezogen werden können. (Zustimmung.) Ich würde auch gar keine Bedenken tragen anzunehmen, daß Deutschland auch nach seinem Eintritt durchaus in der Lage ist, mit außerhalb des Völkerbundes stehenden Staaten, z. B. mit Rußland Neutralitätsverträge abzuschließen. (Sehr richtig bei der D. Vp.) Eine der grundlegenden Fragen, die auch in Locarno immer wieder in den Vordergrund getreten ist, ist die Frage der allgemeinen Weltentwaffnung. Wer es für möglich hält, ein reiches und starkes Volk auf unabsehbare Zeit zwangsweise entwaffnet zu halten, während die ehemaligen Gegner dieses Volkes bis an die Zähne bewaffnet bleiben, der gibt sich gefährlichen Illusionen hin.

Nur eine gleichzeitige allgemeine Abrüstung macht die Lösung dieses Problems möglich.

Diese Sätze sind nicht von mir, sondern sie sind ein Zitat aus den Darlegungen des belgischen Ministers Vandervelde, dem wir uns unbedingt anschließen.

Die Zustimmung zum Vertragswerk wird speziell meiner Fraktion wesentlich dadurch erleichtert, daß die Forderungen der Deutschen Volkspartei, die sie in ihren Richtlinien für die Außenpolitik vom 2. Juli erhoben hat, in allen wesentlichen Punkten im Vertrage erfüllt sind. (Sehr richtig! bei der D. Vp.) Anerkennend stelle ich fest, daß die Ausführungen des Grafen Westarp außerordentlich ruhig und verständlich waren, aber es wäre mir sehr lieb gewesen, wenn das ganze Verhalten der Deutschnationalen Fraktion von Anfang an so verständlich gewesen wäre wie diese Rede. (Sehr gut! und Heiterkeit bei der D. Vp.) Von der Anzahl der kategorischen Imperative, die jetzt auf den Plakaten in den Straßenbahnen zu finden sind, möchte ich zwei der Deutschnationalen Fraktion ins Stammbuch schreiben: 1. „Springe nicht ab während der Fahrt!“ 2. „Nimm Rücksicht auf Andere!“ (Große Heiterkeit.) Diese beiden Plakate sollte die Deutschnationalen Partei in ihren Fraktionszimmern auf-

hängen. (Heiterkeit.) Einen anderen Punkt fassen meine Freunde und ich sehr ernsthaft auf. Wir verbitten es uns — das kann ich nicht nur im Namen meiner Fraktion, sondern wohl auch weiterer Kreise des Reichstages sagen —, daß ein großer Teil zum mindesten der deutschnationalen Presse denjenigen, die sich wahrlich aus nicht leichtem Herzen, aber aus gesunden realpolitischen Erwägungen für Locarno entscheiden, die vaterländische Gesinnung abspriht. (Lebhafte Zustimmung bei der D. Vp., Rufe: Unerhörte!) Wir dürfen nach unserer ganzen bisherigen Haltung in Anspruch nehmen, mindestens ebenso national zu fühlen, wie die Deutschnationalen Fraktion. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Hg. Thälmann (Komm.): Wäre Locarno ein wirklicher Friedensvertrag, so würden die Kommunisten ihm freudig zustimmen. So aber würden durch ihn hunderte von Millionen Arbeiter unterdrückt und vergewaltigt. Was Rosa Luxemburg im letzten Kriegsjahr geschrieben, treffe auch auf Locarno zu. Der Westpakt sei ein Frieden mit beschränkter Haftung unter englischer Garantie. Der englische Imperialismus habe es jederzeit in der Hand, über Europa die Welle des Krieges loszulassen. Die deutschen Kommunisten würden alles tun, um einen neuen Versuch der Angliederung Elsaß-Lothringens an Deutschland zu verhindern. Zu einem Ostpakt sei Stresemann dagegen nicht bereit gewesen. Der Völkerbund sei ein Mittel zur Kriegsführung gegen Sowjetrußland. Die demokratische Presse schreibe schon ganz offen über Kriegsmahnmahnen gegen Rußland. (Hört, hört! b. d. Komm.) Der Redner weist die Behauptung des „Vorwärts“ als Lüge zurück, die Sowjetunion beabsichtige, auch in den Völkerbund einzutreten. Sowjetrußland, das den Frieden wolle, lehne den Eintritt in den Völkerbund unter englischer Führung ab.

Abg. Koch-Weser (Dem.):

Die Deutschnationalen haben, ehe sie zur Regierung kamen, uns versprochen, einen anderen Weg zu zeigen, aber sie haben auch in der Regierung die Verantwortlichen nur aufgehoben, aber keine neuen Wege gewiesen. (Zustimmung links und in der Mitte.) Wie kann aber die Rechte die Gefährlichkeit der deutschen Delegation antzweifeln, wo sie Männer wie Luther ein Jahr lang in den Himmel gehoben hat! Man soll nicht immer die eigenen Unterhändler für Trottel erklären, die der Gegner aber für boshafte Teufel. Ohne Vertrauen zu den selbstgewählten Führern ist keine Demokratie möglich. Wenn Luther erklärt, daß in Artikel 16 keine Gefahr liegt, so beschwören die die Gefahr heraus, die im Deutschen Reichstag dem Ja- und Auslande das Gegenteil versichern. Wegen des Rheinlandes ist manches erreicht, es bleibt noch viel zu hoffen. Die nächste Anstrengung muß der Aufhebung der Besetzung im Rheinlande gelten, weiter der Verfrühung der Abstimmung an der Saar, endlich dem Anschluß Oesterreichs.

Wenn Mussolini sich dagegen wehrt, ist das um so beschämender, als Italien seine Bestreung deutscher Sympathie und preußischer Waffenhilfe mit zu verdanken hat. (Beifall.)

Im Völkerbund werden wir kein bequemes Mitglied sein dürfen, sondern für diese Gedanken kämpfen müssen. Wir werden weiter für den Schutz der deutschen Minderheiten in den Auslande kämpfen müssen. Der Völkerbund muß ein Minderheitsrecht schaffen. Voraussetzung ist allerdings die Gewährung kultureller Autonomie durch uns an die fremden Volkspoliten, die noch in Deutschland wohnen. Wir werden endlich im Völkerbund für die unterdrückten Nationen einzutreten haben, anstatt in der Welt Rußland diese Aufgabe zu überlassen. Das letzte Ziel bleibt die Annäherung Europas. (Beifall.) Europa ist verloren, wenn es sich nicht zusammensindet. Es wird sich vereinigen oder der Balkan der Welt werden. Das gilt auch auf wirtschaftlichem Gebiete. (Beifall.) Nicht auf dem Wege der Verhandlungen mit Dutzenden von Ländern über Tausende von Zollpositionen läßt sie sich erzielen, sondern nur durch eine europäische Zollunion. Die Anregung Boucheurs wegen einer Weltwirtschaftskonferenz sollten wir nach Kräften unterstützen. Die Regierung hat außenpolitisch einen Schritt vorwärts gemacht, innenpolitisch ein Fiasko erlitten. (Zustimmung.) Jetzt gilt es, über alle Gegenstände hinweg diejenigen zusammenzufassen, für die Locarno kein Notbehelf und keine Episode, sondern ein zielbewusstes Vorwärtstreben ist. Gegenüber den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Schutzhändlern und Freihändlern, Aristokraten und Liberalen müssen dagegen verlassen. Locarno ist für sich allein nichts, Locarno ist aber, wenn es getragen und fortgesetzt wird von einer einmütigen und zielbewussten Politik, alles. (Lebh. Beifall bei den Dem.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann:

Hg. Dr. Koch sprach davon, daß ein Volk schließlich in der Außenpolitik zu seinen Führern Vertrauen haben muß. Danach müßte man doch auch Vertrauen zu jemand haben, der die Weltvorgänge zu beobachten verpflichtet ist, wenn er aus dieser Beobachtung heraus zu der Ueberzeugung gekommen ist, es war unbedingte Zeit für ein deutsches Eingreifen, wenn nicht ein Eingreifen von anderer Stelle aus erfolgen sollte. (Sehr richtig!) Ich darf dabei hinweisen auf die Präambel zu dem Vertrag von Locarno, in der ausdrücklich Bezug genommen ist auf jenen Artikel des Versailler Vertrages, der uns zwang, alles anzuerkennen, was die Alliierten etwa tun würden, um an Stelle der aufgehobenen belgischen Neutralität neue Verträge zu setzen. Ich darf ferner darauf hinweisen, daß in Frankreich, als Locarno zu Ende war, zum Ausdruck gebracht wurde: Hätten die Deutschen sich in die Opposition begeben, dann hätten sich die alliierten Nationen unter sich geeinigt. Wenn man unter diesem Gesichtspunkt das Bestreben betrachtet, diese einseitig gegen uns gerichtete Politik in ein Gegenseitigkeitsabkommen umzuwandeln, so wird man das Erreichte viel objektiver beurteilen, als es vielfach heute geschieht, wo ich oft die Empfindung habe, als wenn man nicht Vergangenes und Gegenwärtiges vergleichend abwägt, sondern bloß die Frage stellt: Was ist an Unerträglichem noch übrig geblieben? Das ist unzweifelhaft unendlich viel und die Abtragung dieses Unerträglichem, das noch übrig bleibt, wird die Aufgabe der Zukunftspolitik des ganzen deutschen Volkes noch auf lange Jahre hinaus sein. — Ich darf dann auf die Einwendungen eingehen, die heute der Abg. Graf Westarp in seinen durchaus auf sachlichem Boden stehenden Ausführungen zu dem gemacht hat, was er als Grundlage des gesamten Vertrages ansah, nämlich zu der Frage der

Sicherung der Grenzen im Westen.

Wenn ich ihn recht verstanden habe, sagt er, er erkenne durchaus die deutsche Auslegung an, aber er wies darauf hin, die Auslegung der anderen sei eine andere. Der Herr Reichskanzler logte gestern, ihm sei von solchen anderen Auslegungen von autoritativer Seite nichts bekannt. Dem gegenüber erwähnte der Abg. Graf Westarp zwei dieser anderen Auslegungen. Einmal erwähnte er das Foreign Office, welches im Gegensatz zur deutschen Auslegung sehe, die die Artikel 1 und 2 in Verbindung bringe und erkläre, daß der Artikel 1 nur im Zusammenhang mit Artikel 2 zu verstehen sei. Dem steht aber die Auslegung des Foreign Office durchaus nicht entgegen.

Graf Westarp verweist weiter auch auf eine Frage, welche Lord George, der frühere Ministerpräsident, an den Außenminister gerichtet hat und in der er ein Abweichen von dem Clemenceau-Brief zur Sprache brachte, das nach seiner Meinung vorläge, indem die Völkerbundscharta das Aufwerfen von Grenzfragen als möglich hinstelle. In seiner Erwiderung hat der englische Außenminister gesagt, daß gar keine Rede davon sei, daß die bezügliche Bestimmung der Völkerbundscharta durch den Vertrag von Locarno ausgeschlossen sei;

die Revisionsmöglichkeit der Grenzen sei durchaus hier wie dort vorgezogen.

Im Rahmen des Völkerbundes besteht der Artikel 19. Wir haben in unserer Note ausdrücklich uns auf den Satz bezogen, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden soll, die bestehenden Grenzen im Wege friedlicher Verständigung zu ändern. Das befragt Artikel 19. Es liegen Zweifel über die praktische Auswirkung dieses Artikels vor, aber daß er vom moralischen Standpunkt die Möglichkeit der Revision der Grenzen klarstellt, ist ohne Zweifel. Die Frage danach ist mir von dem Generalsekretär des Völkerbundes Herrn Edward Drummond seinerseits bejaht worden. Graf Westarp bezog sich auf die Ausführungen des belgischen Ministers Vandervelde; ich hätte gewünscht, daß er auch andere Äußerungen dieser Rede, die ziemlich lang war, zitiert hätte, weil diese die Bedenken gegenüber dem Westpakt und gegenüber dem, was Graf Westarp aus der Präambel fürchtet, beseitigen konnten. In einem Vergleich des Sicherheitspaktes im Westen mit den Schiedsverträgen im Osten sagt Herr Vandervelde, man müsse sich über eins klar sein und es sei nicht möglich, die Augen davor zu verschließen,

daß es eine große Differenz zwischen dem Westpakt und den östlichen Schiedsverträgen gäbe.

wenn es auch übertrieben sei, davon zu sprechen, daß es im Osten Grenzen zweiter Klasse gebe (Der Minister zitiert die Äußerung Vanderveldes im französischen Text; ihm wird unter großer Heiterkeit zugerufen: „très bien!“) Weiter ist daran Kritik geübt worden, daß im Artikel 6 davon gesprochen werde, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles unberührt bleiben. Ich erinnere daran, daß der Reichskanzler gestern bereits erklärt hat, daß diese Bestimmung sich in einer ganzen Reihe von Verträgen befindet, die mir bis zuletzt abgeschlossen haben, ohne daß bisher der Heranziehung dieser Bestimmung die Bedeutung beigelegt worden wäre, die ihr jetzt beigelegt wird.

Noch am 17. August 1925 ist ohne Vorbehalt ein Vertrag mit der Maßgabe unterzeichnet worden, daß an dem Vertrag von Versailles nichts geändert werde.

Eine ähnliche Erklärung ist bei dem Abkommen von Barcelona abgegeben worden, und wir haben sie zuletzt abgegeben am 17. Juni 1925 bei dem Abkommen über den Waffenhandel. Sie sehen, es zieht sich durch die ganzen Verträge Deutschlands diese Klausel hin. Es ist vollkommen klar, daß damit lediglich das eine zum Ausdruck gebracht ist, daß die Rechte und Verpflichtungen bestehen bleiben, die die vertragsschließenden Mächte sich zugestanden haben, daß es aber in keiner Weise ausdrückt, daß derjenige, der diese Klausel anerkennt, damit noch einmal erklärt, daß er den Vertrag nunmehr freiwillig auf sich nimmt, und auch moralische Einwendungen dagegen als nicht bestehend anerkennt.

Die weitgehende Bedeutung, die jetzt dem Artikel 6 gegeben wird, und die Skepsis, mit der die Erklärungen der Regierungen aufgenommen werden, erscheinen mir deshalb verfehlt, zumal dieser Einspruch dann hätte erhoben werden müssen gegen die Note vom 20. Juli,

denn da heißt es: „Die alliierten Regierungen betonen in ihrer Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Änderung des Friedensvertrages mit sich bringen würde. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge. Die deutsche Regierung betrachtet aber nicht die Möglichkeit für ausgeschlossen, bestehende Verträge durch friedliche Verständigung den veränderten Verhältnissen anzupassen, und sie darf darauf hinweisen, daß auch die Satzungen des Völkerbundes eine solche Möglichkeit mit sich bringen.“ Wenn wir also selbst in unserer Note erklären, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes keine Änderung der bestehenden Verträge bedeutet, dann können wir doch nicht, wenn diese selbe Bemerkung sich später wiederfindet, sie als einen gegen Deutschland gerichteten Schlag ansehen, der uns irgendeine freiwillige, feierliche Anerkennung auferlegen will!

Dr. Stresemann wendet sich dann den Ausführungen über den Osten zu. Westarp hat hingewiesen auf die starke Trübung unseres Verhältnisses zu Rußland, die sich aus dem Artikel 16 ergeben könnte. Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Professor H o c h s t e i n hat in der Zeitschrift „Der Arbeiter“ einen Artikel über die Außenpolitik der zweiten Oktoberhälfte veröffentlicht, in dem er sagt: Die politische Bedeutung des Wirtschaftsvertrages mit Rußland beruht darauf, daß er genau in dem entscheidenden Momente geschlossen wurde, als der Abschluß des Vertrages von Locarno bevorstand. Rußland hat daraufhin alle Veranlassung, das so oft hysterisch geäußerte Mißtrauen gegen Deutschland aufzugeben. (Hört! hört!)

Glauben Sie, wir würden den deutsch-russischen Handelsvertrag, der ganz große Opfer Deutschlands an Rußland in sich schließt, vor Locarno abgeschlossen haben, wenn wir im Schlepptau von England antirussische Politik machen wollten?

Es ist auch gesprochen worden von einer angeblichen Denkschrift über das gemeinsame Vorgehen gegen Rußland. Vom englischen Außenminister und von französischer Seite ist das mir gegenüber als Lüge verzeichnet worden. Es geht nicht, daß jede deutsche Regierung bis zum Ueberdruß erklärt: Wir wünschen mit Rußland im Frieden zu leben, sondern

es müßte auch Rußland seinerseits erklären, daß es den europäischen Frieden nicht stören will. (Zurufe bei den Komm.)

Im übrigen sollte man zunächst einmal abwarten, ob die Feststellungen des deutschen Reichskanzlers über den Artikel 16 irgendeinen Widerspruch bei denen ergeben, die es angeht. Solange diese selbst aber keinen Zweifel äußern, kann ich nicht fortgesetzt neue Erklärungen verlangen. Um nicht moralisch diffamiert dazustehen, haben wir von vornherein unsere Stellung zum Artikel 16 scharf umgrenzt. (Zuruf: Haben wir das Recht der Neutralität?) Wenn wir es so auffassen, daß wir unsererseits uns nicht beteiligen an kriegerischen Maßnahmen gegen einen anderen Staat, dann haben wir es. Etwas anderes ist es aber, wenn wir vor die Frage gestellt sind, ob wir einen bestimmten Staat als Angreifer bezeichnen.

Über selbst, wenn wir feststellen, daß eine andere Macht der Angreifer ist, sind wir nicht verpflichtet, militärisch mitzumachen, einen Durchmarsch zu dulden oder uns an wirtschaftlichen Maßnahmen zu beteiligen.

Wir können durchaus lokale Mitglieder des Völkerbundes sein, ohne daß wir solche Verpflichtungen hätten. Dann ist hingewiesen worden

Ein Jahr „Deutsche Reichsbahngesellschaft“.

Der Wiederaufbau — Rentabilität — Und die Löhne?

Der Krieg hatte, wie alles andere, auch die Reichseisenbahnen wirtschaftlich vollständig zerrüttet. Ihre Rentabilität war gebrochen. Die Inflation tat ein Übriges, um aus einem ehemaligen Ueberflusse betriebe ein mit erheblichem Defizit arbeitendes Unternehmen zu machen. Allein schon die Umstellung auf Goldmark änderte die Sache. Die Goldmarkrechnung vom 15. November 1923 bis 31. März 1924 ergab bereits einen Ueberfluß von 8 Millionen Mark = 0,65 Proz. der Einnahme. Inzwischen war durch Verordnung vom 12. Februar 1924 das Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“ geschaffen. Das Rechnungsjahr dieses Unternehmens lief vom 1. April 1924 bis 30. September 1924 und ergab einen Ueberfluß von 317 Millionen Mark = 16,22 Proz. der Einnahmen. Die Rentabilität hatte sich wieder eingestellt.

Reichsbahn und Reparationen.

Am 11. Oktober 1924 ging entsprechend dem Dawes-Plan das Betriebsrecht der Reichsbahnen auf die „Deutsche Reichsbahngesellschaft“ über. Das Rechnungsjahr begann der Einfachheit halber bereits am 1. Oktober 1924. Von diesem Tage an muß die deutsche Reichsbahn Reparationen leisten. Diese betragen im ersten Jahre (Oktober 1924 bis September 1925) 200 Millionen, im zweiten Jahre 595 Millionen, im dritten Jahre 550 Millionen und alsdann laufend jedes weitere Jahr 600 Millionen Mark. Die Leistung dieser Summen war in Halbjahresraten vorgesehen. Die Reichsbahngesellschaft hat nun ihr Geschäftsjahr nicht jeweils am 1. Oktober bis 30. September laufen, sondern vom 1. Januar eines Jahres bis 31. Dezember. Das erste Geschäftsjahr der Deutschen Reichsbahngesellschaft läuft daher über 15 Monate, und zwar vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925. Danach betragen die Reparationsleistungen der Reichsbahn in diesem Geschäftsjahr 200 Millionen zusätzlich der ersten vier Monatsraten des zweiten „Reparationsjahres“ = 198 Millionen insgesamt 398 Millionen Mark.

Die Betriebslage.

Da nun die Eisenbahnen ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Volkswirtschaft sind, hat das Geschäftsbild der Deutschen Reichsbahngesellschaft Allgemeininteresse. Wie steht das Unternehmen betrieblich und finanziell, und welche Schlüsse lassen sich daraus auf den Stand der deutschen Volkswirtschaft im allgemeinen ziehen?

Ein Bild von der heutigen Betriebslage gibt der Vergleich mit den Zahlen des Jahres 1913 (ohne Elbaf-Bohringen):

Betriebsjahr	Reisen	Personen	Güter	Verkehrsergebnis in Mill. Reichsmark
1913	85 872	28 104	62 247	656 189
1925	88 215	28 042	68 884	693 633

*) Oktober 1924 bis April 1925.

**) Oktober 1924 bis August 1925.

Aus der Aufstellung geht hervor, daß der Bestand an rollendem Material, trotz Waffentilgungsabgabe, den Stand von 1913 nicht nur erreicht, sondern überholt hat. Die Industrie hatte also keine Ursache, sich über Auftragsmangel seitens der Reichsbahn zu beschweren. Mit diesen Betriebsmitteln sind während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres der Deutschen Reichsbahngesellschaft allein 995,1 Millionen Personen befördert worden. Stellt man in Rechnung, daß die noch fehlenden Monate Mai bis September infolge schönen Wetters, der Ferien und sonstiger Veranstaltungen eine weitere Zunahme des Personenverkehrs brachten, so kann mit einer Verdoppelung des Personenverkehrs im Ablauf der ersten zwölf Monate der Reichsbahngesellschaft gegenüber 1913 gerechnet werden. Die finanzielle Auswirkung für die Gesellschaft läßt ohne Schlussfolgerung abzuwägen. Der durch sinnlosen Abbau auf ein Mindestmaß zusammengebrachte Personalarbeit müßte diese gewaltige Betriebsleistung vollbringen.

Die im Jahre 1913 anfallende Gütermenge belief sich, auf das heutige Reichsgebiet abgestellt, auf 420 Millionen Tonnen. In der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. August 1925, also in elf Monaten, sind bei der Reichsbahn 331,08 Millionen Tonnen Gut verfrachtet und befördert worden. Das ergibt einen monatlichen Durchschnittsanfall an Frachtagut von 30,18 Millionen Tonnen oder für das Jahr 1925 362,16 Millionen Tonnen. Demnach beträgt die Betriebsleistung der Reichsbahn im Güterverkehr 86,2 Proz. der Friedensleistung. Hierbei müßte die erfahrungsmäßige Steigerung des Herbstverkehrs im September außer Anschlag gelassen werden, da die abschließenden Zahlen noch nicht vorliegen. Da die Betriebseinnahmen aus dem Güterverkehr in den Monaten Mai bis August im Durchschnitt 86 Proz. der Gesamteinnahmen betrugen, im September jedoch auf 62 Proz. der Gesamteinnahmen stiegen, so kann mit einer Gesamtleistung von 87,5 Proz. im Güterverkehr gerechnet werden. Die Behauptung der deutschen Industrie, sie habe nur erst 70 Proz. ihrer Friedensleistung erreicht, erscheint hierdurch in etwas eigenartigerem Lichte.

Für ein internationales Kohlen Syndikat.

Frank Hodges, der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, und der ehemalige Oberkommissar der britischen Regierung für das Bergbauwesen in Großbritannien Sir Richard Redgrave, trafen am Dienstag in Begleitung von den Vorstandsmitgliedern des Deutschen Bergarbeiterverbandes Waldhefer und Marimöller in die Grube „Victoria Matthias“ ein, wo sie unter Führung von Vertretern der Zechenleitung die Betriebsanlagen besichtigten. Am Nachmittag fand im Hauptverwaltungsgebäude des Bergarbeiterverbandes eine Besprechung zwischen Hodges und Vertretern des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes statt, wobei sich der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Bergarbeiter eingehend unterrichtete.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Soz. Presseblatt“ verbreitete sich Frank Hodges in längeren Ausführungen über die internationale Kohlenkrise. Als eine der wichtigsten Aufgaben seiner Reise ins Ruhrgebiet bezeichnete er die Untersuchung über die Möglichkeiten zur Bildung eines europäischen Kohlen Syndikats, das sich als unumgänglich notwendige Organisation zur Regelung der europäischen Kohlenproduktion, Abzug und Preisverhältnisse erweise. Ohne das in jeder Hinsicht hervorragende organisierte Kohlen Syndikat, erklärte Hodges, befände sich der deutsche Kohlenbergbau bei der jetzigen internationalen Abzahn in einem chaotischen Zustand. Eine derartige Organisation tue dem englischen Bergbau gut. Ihr Zustandekommen sei die Voraussetzung einer deutsch-englischen und darüber hinaus einer europäischen Kohlenvereinbarung, nach deren Zustandekommen entsprechende Vereinbarungen mit der amerikanischen Kohlenindustrie zu erstreben wären. Ein solches Syndikat nur sei in der Lage, die für die ganze Kohlenindustrie äußerst wichtige, vielleicht sogar ausschlaggebende Preisfrage zu regeln. Ich bin überzeugt, schloß Hodges die Unterredung, daß diese Erkenntnis bereits in Deutschland, England, Frankreich und Belgien durchgedrungen ist. Ohne eine internationale Kohlenvereinbarung gehen wir chaotischen Zuständen im Bergbau entgegen, deren Auswirkungen auch auf die übrigen Industrien katastrophal sein müssen. Nach meiner Rückkehr nach London werde ich in der ersten Sitzung der englischen Kohlenkommission über meine Eindrücke im Ruhrgebiet berichten, meine Auffassung über das deutsche Kohlen Syndikat darlegen und die Regierung ersuchen, die Bildung eines britischen Kohlen Syndikats in die

Die Finanzlage der Reichsbahn.

Dieser Betriebsleistung entspricht das finanzielle Ergebnis. Bei seiner Beurteilung muß die Steigerung der Gütertarife um rund 40 Proz. und der Personentarife um rund 44 Proz. berücksichtigt werden.

Die Einnahmen der Gesellschaft betragen in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. Juni 1925 3 194 651 000 Mark. Davon entfielen auf den

Personenverkehr	850 580 000 M.
Güterverkehr	2 022 080 000 M.
Sonstige Einnahmen	221 081 000 M.

Insgesamt: 3 194 651 000 M.

Dieser Einnahme standen an Ausgaben 2 866 286 000 M. gegenüber.

Für die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. Juni 1925 stand demnach ein Betriebsüberschuß von 328 365 000 M. zu Buch. Das letzte Vierteljahr, also Juli/September 1925, ergab nun an Einnahmen 1 237 023 000 M., an Ausgaben 1 019 811 000 M., so daß ein Betriebsüberschuß von 217 212 000 M. verbleibt.

Der gesamte Betriebsüberschuß für das erste Jahr der Deutschen Reichsbahngesellschaft beliefert sich mithin auf 545 577 000 M.

Von dieser Summe als „Bruttoüberschuß“ sind noch folgende Posten in Abzug zu bringen:

1. 200 000 000 M. Reparationsleistung für die Zeit vom 1. September 1924 bis 31. August 1925.
2. 49 920 000 M. Reparationsleistung für die Zeit vom 1. September 1925 bis 30. September 1925.
3. 88 633 480 M. zweiprozentige gesetzliche Rücklage für die Gesamteinnahme vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925.
4. 2 100 000 M. Zinsendienst vom 1. Juli 1925 bis 30. September 1925.

340 653 480 M. insgesamt.

Der „Reinertrag“ präsentiert sich also der Öffentlichkeit mit der Nettsumme von 204 923 520 M.

Nichts kann sowohl den industriell-kapitalistischen als auch gewinnbringenden Charakter des Deutschen Reichsbahnunternehmens besser und treffender kennzeichnen als diese Zahl.

Freilich steht der Gesellschaft die Gesamtsumme von rund 205 Millionen Mark nicht mehr voll zur Verfügung. Um 6 Proz. Distort zu erlangen, hat sie — ohne es zu müssen — bereits im August sowohl die oben schon eingetragte Septemberrate der Reparationsleistung wie auch die Oktoberrate an den Agenten für Reparationsleistungen abgeführt. Der Zinsgewinn, den sie damit erzielt, ist geringer als wenn sie den Betrag vorübergehend in Wechseln angelegt hätte! Im September ist die Novemberzahlung vorgeleistet, so daß nach diesen Vorauszahlungen der der Reichsbahngesellschaft zur augenblicklichen Verfügung stehende Ueberflussebetrag noch 108 198 520 M. beträgt.

Die Lohnpolitik der Reichsbahngesellschaft.

Von dieser Summe sind rund 80 Millionen Mark zurückgestellt, während die restlichen 25 Millionen Mark, anstatt zu den bringenden notwendigen Lohn- und Gehaltsrückstellungen verwendet zu werden, zum Ankauf verschiedener Aktienpakete benutzt wurden. Damit soll nicht gesagt sein, daß lediglich besagte 25 Millionen Mark zu den volkswirtschaftlich so dringend notwendigen Lohnaufbesserungen benutzt werden könnten. Nein, auch ein großer Teil der zurückgestellten Summe von 80 Millionen Mark wäre dazu nicht zu schade. Im Gegenteil! Die Tatsache, daß bei einem Gesamtpersonalstand von 730 873 Köpfen eine Aufbesserung der Bezüge um nur 5 Pf. pro Stunde die Summe von circa 7 1/2 Millionen Mark pro Monat bedingt, läßt die Behauptung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, sie könne die so dringend erforderliche Lohnaufbesserung nicht zahlen, im richtigen Lichte erscheinen.

Wir stellen also fest, die Deutsche Reichsbahngesellschaft schließt ihr erstes Reparationsjahr mit einem Ueberfluß von 204 923 520 Mark ab. Die Industriellen werden nun Angesichts dieser „Erfolgswirtschaft“ sofort nach Tarifermäßigungen schreien, weil sie sonst angeblich nicht die Preise senken können. Gegenüber solchen Ablenkungsvorwürfen fragen wir: Wenn es wahr ist, daß bei einer Tarifermäßigung die Preise entsprechend sinken, warum ist dann nach dem 18. Oktober 1924, als die Güter- und Personentarife um 23,5 Proz. gesenkt wurden, der Lebenshaltungsindezes von 137,1 am 5. November 1924 auf 143,5 im Oktober 1925 gestiegen? Jedenfalls fehlen bisher dafür die Beweise, daß eine Tarifsenkung sich in der allgemeinen Preisgestaltung auswirkt. Bis diese Beweise erbracht sind, fehlt den Industriellen jedes wirtschaftliche und moralische Recht zu ihrer Forderung. Auf der anderen Seite ist die Forderung der Eisenbahner nach auskömmlicher Bezahlung durchaus berechtigt und durchführbar.

Hans Jahn.

auf die Kontumazialurteile in Belgien und Frankreich. Die belgische Regierung sowohl wie die französische haben erklärt, daß ihnen eine Fortsetzung dieser Verfahren nicht erwünscht sei. Wir haben allen Wert darauf gelegt, die belgischen und französischen Außenminister für unsere Auffassung zu gewinnen. Nach dem Verhalten der belgischen und französischen Regierung in dieser Frage haben wir keinen Grund zu unangebrachten Rückschlüssen. Es ist ferner gesagt worden, wir würden auch die Räumung von Köln mit neuen großen Konzessionen bezahlen müssen, mit der zweiten und dritten Zone würde es uns ebenso gehen, nur durch solche abermaligen großen Konzessionen würden wir erreichen, was unser Recht ist. Hier ist mir beim Grafen Westarp ein großer Widerspruch aufgefallen. Als es sich darum handelte, ob die englische Garantie wirksam werden würde, meinte er, das wäre schließlich eine Nachfrage; als es sich aber um die Räumung von Köln handelte, sagte er, wir hätten einen klaren Rechtsanspruch. Hier liegt der Widerspruch. In all den schweren sieben Jahren seit 1918 hatten wir Rechtsansprüche, die sind nicht berücksichtigt worden, denn sonst ständen wir heute anders da; auch diesen Boden haben wir im Laufe dieser sieben Jahre noch verloren und man war von der anderen Seite über das uns zustehende Recht hinweggegangen.

Wenn nun nach allen Kämpfen mit der Macht der anderen und bei unserer eigenen Machtlosigkeit jetzt mit der Räumung der Kölner Zone begonnen wird, die nicht mehr im ungewissen steht, dann ist es doch ein Beweis dafür, daß die Macht anfängt, sich mit uns auf einen anderen Standpunkt zu stellen, als in diesen sieben Jahren vorher.

Glauben Sie, daß gegenüber dem Diktat von damals ein Klein der deutschen Regierung die Verhältnisse gebessert hätte? Jetzt sind wir doch zu einem Kompromiß gekommen. Jetzt sind diese Dinge in voller Gleichberechtigung beider Konventionen geregelt. Es ist dann das

Telegramm des Reichskabinetts nach Locarno

in die Debatte gezogen worden. Die erfolgten Veröffentlichungen geben nicht den Wortlaut wieder; das Telegramm reproduzierte eine Meinungsäußerung, worin es hieß, die Paraphrasierung durch den Kanzler und den Außenminister würde Deutschland mehr als die anderen Staaten, wo bloß der Außenminister paraphrasierte. Es wurde zur Erwägung gegeben, ob nicht anders verfahren werden könnte. Man konnte darüber verschiedener Meinung sein, ob auch Deutschland sich bei der Paraphrasierung nur durch den Außenminister vertreten ließ. Die Ansichten darüber haben geschwankt; es hat eine Zeit gegeben, wo dagegen der heftigste Protest erhoben wurde, daß nur der deutsche Außenminister unterschreiben (lebhaft andauernde Zustimmung links), das sei ganz untragbar. Es ist von mir angeregt und im Prinzip zugestanden worden, daß mehrere Minister nach Locarno gingen. Als dann der Reichskanzler erklärte, es sei ihm physisch und psychisch unmöglich, allein die Verantwortung zu übernehmen, da hieß es wieder, nein, jetzt müsse der Außenminister allein hingehen. (Große Heiterkeit.)

Es wäre uns als Hinterhältigkeit ausgelegt worden, wenn die beiden deutschen Delegierten, nachdem sie während der ganzen Konferenz zusammengewickelt haben, sich dann am Tage der Paraphrasierung plötzlich getrennt hätten.

Im übrigen habe ich den Verhandlungen der anderen Parlamente in den anderen Ländern nicht gefolgt, daß sie sich durch die Unterzeichnung ihrer Außenminister weniger gebunden gefühlt hätten. Nachdem einmal diese Konferenz stattfand, mußte sie auch zu einem Abschluß führen, oder das Ganze war überhaupt gefährdet.

Der Abg. Koch hat die Frage gestellt, wie sich die deutsche Regierung zu der von Boucheur angestrebten Weltwirtschaftskonferenz stellen würde. Wir würden uns selbstverständlich an einer solchen Konferenz gern beteiligen. Wir haben alle den Krieg bezahlen müssen mit einer Armut der Höfler und mit einem Rußland von Menschenkraft. Wenn deshalb in den verschiedensten Nationen die Idee des Zusammenwirkens aufsteigt, so ist dies ein selbstverständlicher Gedanke, der sich aus der ganzen Situation ergibt, die beispielsweise bei uns die Wirtschaft ohne ausreichende Kreditversicherung vor den Abgrund stellt. Wenn man fragt, was denn nun eigentlich der „Geist von Locarno“ bedeutet, von dem so viel gesprochen wird, der auch deshalb so stark, zum Teil ungerecht, kritisiert wird, weil man Rückwirkungen von ihm schon erwartet, ehe der Vertrag überhaupt angenommen ist, so ist es wohl vor allem der Gedanke der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, der Gedanke,

daß ein Zusammenwirken Deutschlands mit den übrigen Mächten nicht nur eine deutsche Frage, sondern eine europäische und eine Weltfrage ist.

Dazu ist notwendig die Grundlage eines dauernden Friedens. Wir glauben, dadurch wieder eine neue Etappe erreicht zu haben und allmählich zur Sicherung des Friedens, zur Wiedergewinnung deutscher Souveränität und damit zur Wiedergewinnung dessen als Grundlage gekommen zu sein, worauf sich später wieder einmal die deutsche Lebensmöglichkeit aufbauen kann. (Beifälliger Beifall bei den Regierungsparteien und Zischen bei der Opposition.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch.-Partei) zählt als Voraussetzungen für die Zustimmung der Rechtsparteien zur Beteiligung an der Paraphrasierung die Räumung der Kölner Zone und die Herabsetzung der Räumungsstrafen für die anderen Zonen auf. Die Voraussetzungen seien nicht erfüllt worden. Die Räumung der Kölner Zone sei nur erreicht worden durch Zugeständnisse in der Entwaldungsfrage. Seine Partei lehne den Gedanken der Befriedung Europas nicht ab, aber sie halte den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Augenblick nicht für zweckmäßig.

Die Wirtschaftspartei werde beantragen, über den Eintritt in den Völkerbund gefordert abzustimmen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so werde die Partei auch gegen den Vertrag von Locarno stimmen.

Abg. Graf Lerchenfeld (Wagn. Sp.) wünscht, daß durch die deutsche Außenpolitik das Urtrecht von Versailles wieder von uns angenommen werde. Die Vereinbarungen von Locarno seien geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Wir würden wieder isoliert werden, wollten wir Locarno befehligen. Grundfähig sind wir der Ansicht, daß nunmehr die Zeit gekommen ist, wo auch Deutschland dem Völkerbund angehören kann.

Die Abg. Graf zu Reventlow (Wirtsch.) und Straßer (N.-Soz.) lehnen den Vertrag ab.

Präsident Löbe ruft den Abg. Straßer zur Ordnung, weil er die Regierung und die Sozialdemokratische Partei als Landesverräter bezeichnet habe. Auch Abg. Grafmann (Soz.) wird zur Ordnung gerufen, weil er Straßer bei seinen beleidigenden Äußerungen „unverschämter Bursche“ zugerufen hatte.

Die Locarno-Debatte wird dann dem auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Gegen 10 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 3 Uhr nachmittags: Kleine Vorlagen; Rest der zweiten Etatberatung.

Arbeiterport.

Konzernverein „Die Naturfreund“ (Zentrale Wien), Ortsgruppe Berlin, Mittwoch, den 23. November, 10 Uhr, Monatsversammlung in der Schule Weimarerstr. 16-17. Richtleitungsvertrauen des Genossen Dr. A. Gumbert „Die Welt“. Güte willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. Kempelhof, Jugendamt Lembehof.

Meister Immelmanns Tochter.

Von Theodor Thomas.

Wenn wir mit dem kleinen Dachdeckerhandwagen den steilen Berg hinaufführen, hing uns immer die Zunge lang zum Halbe hinaus. Meister Immelmann wohnte ganz oben auf dem Hügel, so daß die Leute wie Karrenfüße schwiigten, wenn sie glücklich den Handwagen oben hatten. Dann tat sich der große Torbogen auf, und die Schwihenden mühten nochmals einen kleinen Huppel überwinden, denn der Torweg war auch auf ansteigendem Boden angelegt. Rechts und links waren noch dazu Ziegel und Schiefer aufgestapelt, so daß die Leute nicht geben mußten, wenn die Fuhrer ein wenig ungleich geladen war, daß nicht ein Stapel davon umfiel.

War aber die Ladung glücklich den Hausgang hindurch, stand der Karren im Hof, dann öffnete sich bestimmt im ersten Stock das Fenster. Eine weibliche Stimme rief:

„Ist Ferdinand mitgekommen?“ Ebenso regelmäßig sagte dann einer von denen, die sich den Schweiß abwischten:

„Er kommt bald nach, er ist schon unterwegs.“
Dieses Fragen nach dem Ferdinand dauerte nun schon elf Jahre, immer bekam die Fragende die gleiche Antwort. Sie zog sich jedesmal mit dem Bemerkten zurück:

„Ach, dann wird er wohl heute kommen, da bin ich froh.“
Niemand von den Dachdeckern und Hilfsarbeitern kümmerte sich weiter um dies weibliche Befehl da oben. Sie luden ihren Kram ab, rechneten im Bureau ihren Lohn noch, wuschen sich und gingen heim. Für Broni Immelmann interessierte sich keiner von ihnen, denn sie war ...

Ihre Geschichte will ich jetzt erzählen. Broni Immelmann ist einmal ein hübsches Mädchen gewesen. Mit ihren dicken schwarzen Zöpfen und dem Mund, der so drollig plaudern konnte, ihren blig-blanken Augen und den Mäusezähnen verdrehte sie allen Dachdeckern den Kopf. Viele blieben länger, als der Alte es verdiente, nur um der Broni halber; sie war zu nett. Im Hause hantierte das Mädchen umher wie eine Heilige, so still und ruhig. Aber, wenn es Feierabend war, wenn die Gesellen im Hof saßen und die Maultrommel bliesen oder die Handharmonika spielten, lautete sie auf, da kam sie herab. Wir kannten mit Broni, daß sie oft, wenn sie so durch dreie, vier Hände gegangen war, erschöpft nach Luft schnappte. Keiner konnte sich rühmen, daß sie ihn bevorzugte. Als ihr einmal der Anton Bern — Deutschlands kleinster Dachdecker — übermüht während des Tanzens einen Kuß geben wollte, da haute sie ihm den nahen eine Ohrfeige hin, daß er mit seinem Allerwertesten in den Koll flog und seine fremdgelesenen schwarzen Wosberghosen wie Maurerboxen ausfuhren. Sie kam dann wochenlang nicht mehr herunter, bis Anton — hallo der Wald ist grün — wieder seinen Fremdenzettel hatte.

Aber die Liebe zog auch in ihr junges Herz. Die Meisterstochter vergaß sich in Ferdinand Adelsmann. Ob es der Mann war? Ob seine Tante, seine schöne Stimme? Wer weiß es! Hübsch war Ferdinand nicht, aber er konnte puglige Dinger machen, mit den Ohren wackeln, mit den Augen verkehrt gucken, auf den Händen quer über den Hof laufen, gut turnen und singen. Das zog Broni wohl an, besonders sein brillantes Tanzen.

Kurz und gut, sie verliebte sich in ihn, der alte Immelmann tobte, die Meisterin war ganz aus dem Häuschen. Aber die beiden ließen nicht voneinander. Als sich dann herausstellte, daß Ferdinand von zu Hause aus gar nicht so schlecht gestellt war, sondern einmal an die siebentaufend Mark erben sollte, da veraultchte nach und nach der Jörn; sie machten gute Miene, Broni war überglücklich, Ferdinand stand fast immer Kopf vor Aufregung.

Zu Himmelfahrt wurde die Hochzeit festgesetzt. Alles freute sich über die beiden jungen Leute, die ein liebliches Bild abgaben, wenn sie zusammen im Hof saßen und er sang:

Ferdinand, wie schön bist du
In den neuen Hosen,
Deine Broni laßt dir zu,
Ach — wie schön bist du.“

Meister Immelmann hatte in der Zeit, wo die beiden ihrer Ehe zumarschleiten, gerade ein Herrenhaus im Gutshof neuzubauen. Ein Nordbad, mindestens sechzehn Meter hoch und ganz steil. Diese Arbeit wurde an dem Tage vor der Hochzeit fertig; Ferdinand, der mit Meister Immelmann zusammen noch die Schneefänge einzog, zerdrückte Schiefer ausbesserte und solche Kleinigkeiten erledigte, konnte diese Arbeit als die letzte betrachten, bevor er Broni heimführte.

Von diesem Gutshof aus, so war es abgemacht, gingen sie heim, dann sollte Polsterabend und schließlich die Vereinigung mit dem obligaten Kirchengesang sein. Es war nachmittags — in der dritten Stunde — Ferdinand wollte gerade einen Stock losbinden, um ihn dem zukünftigen Schwiegervater auf den Boden zu reichen. Er holte die Dachleiter hinter einen Schneefang legen, sie aber sonst nicht befestigt. Da brach das Schneefanggerüst am Winkel glatt ab, die Leiter stürzte hinunter, Ferdinand mit ihr. Er der entsetzte Immelmann die Treppe hinabkam, war der Dachdeckergehilfe schon tot.

Des Meisters Entsetzen war nicht zu beschreiben. Hier der Tote, der in wenigen Stunden sein Schwiegersohn werden sollte, zu Hause Broni, die sich schon als Braut festlich schmückte, ihn in Stunden erwartete.

Während die Maurer den Beichnam beiseite trugen, ließ Immelmann querselben der Stadt zu. Wie sollte er diese erschütternde Nachricht zu Hause andringen? Wie gedanklos wanderte er heimwärts. Aber er ging nicht in seine Wohnung, sondern immer wieder im weiten Bogen daran vorbei. Da — er, der selten zum Schnaps griff, trank heute abend immer wieder. Er war wie auseinandergerissen. Je länger er zögerte, um so schwerer wurde es ihm. So kam die siebente Stunde heran, er wagte immer noch nicht heimzugehen. Dieses Zögern aber wurde zu einem weiteren Verhängnis.

Gleich nach Sechs erschien nämlich in der Wohnung Immelmanns ein Postbote. Die Behörde war von der Gutverwaltung telefonisch verständigt worden. Der Beamte sollte nun Feststellungen machen. Der Postbote war einer von denen, die die Weisheit nicht zum Dienstgebrauch verwenden. Wie es bei Mutter und Tochter wirkte, als er fragte:

„Wohnt hier der Dachdecker Ferdinand Adelsmann, der, wo heute totesgestürzt ist?“ kann sich jeder denken. Broni brach mit einem gelenden Ausschrei zusammen, die Mutter war fassungslos wie ein Kind, der Schützmann, der nun wohl begriff, was er hier angestellt hatte, trug Broni aufs Bett, holte Hilfe herbei, dann ging er fort. Während sich des Meisters Frau erholte, sich wenigstens auf den Beinen halten konnte, lag die Tochter da wie tot. Als in der neunten Stunde Vater Immelmann kam, traf er zwei Kranke.

Abfindung.



„Selbstverständlich werden MJK die Kunstschätze dieses Museums zugesprochen!“
„Aber sie sind doch von den Groschen des Volkes erworben —.“
„Gewiß, dazu bedurfte es doch immerhin MEJNER Genehmigung.“

Über ein halbes Jahr zerrten die Kräfte an Broni herum. Der Körper kam wieder zu sich, der Geist blieb für immer getrübt, sie war vor Schreck wahnsinnig geworden. Da sie aber gutmütig blieb, behielten sie die Eltern zu Hause.

Sie nimmt fast gar keine Notiz von der Umgebung. Nur wenn der Handwagen polierend durch den Torweg ratterte, trat sie ans Fenster:

„Ist Ferdinand mitgekommen?“

„Nein, er kommt aber bald nach, er ist schon unterwegs.“

„Ach, da wird er wohl heute kommen, da bin ich froh ...“

Dann wartete sie wieder, still und ergeben, mundlos, bis sie wieder einen Wagen hörte. Sie wußte nicht, daß es schon elf Jahre waren, seit ihr Liebster unter dem Rasen ruhte.

Dachdeckerdickicht ...

Wie härte ich mich ab?

Von Dr. Rosbacher.

„Der vorlässige Mensch baut vor — ich härte mich ab“, sagte der vermeintliche Großstädter, der gerade von einem thätigen Schnupfenleider genesen war — und begann sich demgemäß, kurz nach dem Abklingen der Erkrankung, des Morgens unter die erste kalte Dusche zu stellen — mit dem Erfolg, daß er nach einigen Tagen noch wesentlich ernstere Erkältungskrankheit bekam. Also hier war diese bräute Form der Abhärtung völlig verfehlt, ja geradezu im höchsten Grade schädlich.

Abhärtung bedeutet Gewöhnung, und zwar die Gewöhnung der Haut an Kälte. Bei einem todeslos arbeitenden, an Luft und Wasser gewöhnten Organismus, wie ihn z. B. vielfach Landbewohner und Sportbegeisterte besitzen, ziehen sich auf eine Abkühlung hin die Haut- und Blutgefäße an der betroffenen Körperstelle prompt zusammen; die Haut wird blaß und blutlos, um sich nach kürzester Zeit wieder zu röten, die Blutgefäße der Haut erweitern sich, die Blutfülle steigt sich in diesem Bezirk, und ein angenehmes Wärmegefühl stellt sich ein.

Der ganze Vorgang ist eine Abwehrmaßnahme des Körpers. In der ersten Phase — Zusammenziehung der Blutgefäße — sucht sich der Organismus zunächst vor einer schädlichen Erhöhung der Wärmeabgabe zu schützen; gleichzeitig jedoch ändert sich hier oder auch reflektorisch an entfernt liegenden Körperstellen die Verteilung und Zusammenlegung des Blutes; und damit werden auch die natürlichen Abwehrkräfte gegen etwa vorhandene Krankheitserreger (Bakterien) beseitigt vermindert. Also z. B. wenn die Füße kalt werden, so bilden sich die Blutverhältnisse in der Rosenschleimhaut um, und, wenn nicht umgehend für Abhilfe gesorgt wird, erlangen die stets in der Nase anwesenden Spaltplage die Oberhand und ein heftiger Schnupfen bricht aus. Darum werden auch baldmöglichst in der zweiten Phase — Erweiterung der Gefäße, Rötung der Haut — größere Blutmengen zum Einströmen in die gefährdeten Stellen gebracht, um durch Vermehrung der Abwehrkräfte ein Wuchern der Krankheitserreger schleunigst zu unterbinden. So bei einer einwandfrei arbeitenden Haut.

Anders liegen die Dinge jedoch bei vermeintlichen Menschen, bei

schwächlichen und blutarmen Personen, die fast stets an kalten Händen und Füßen leiden. Bei derartigen Individuen kommt zwar die Zusammenziehung der Gefäße, Bläßwerden der Haut und damit der Verminderung der Schugkräfte sehr schnell, häufig schon bei dem geringsten Zugluftchen, zustande; jedoch das Einströmen des Blutes, das Einsetzen der verstärkten Schugmaßnahmen, läßt lange auf sich warten oder bleibt gar völlig aus, sobald dann hier die Bakterien ungehindert ein- oder minder heftige Entzündung hervorrufen können. So erklärt man sich das Zustandekommen der Erkältungskrankheiten bei mangelnder Abhärtung.

Das Prinzip der Abwehr beruht nun auf dem „Training“ der Haut und ihrer Blutgefäße, auf Gewöhnung an Kältereize. Selbst der unverweichteste Mensch muß seine Haut dauernd üben; d. h. er wird durch kalte Abwaschungen, durch kalte Duschen, Freibäder, Luftbäder im Freien und, falls dies nicht möglich ist, im Zimmer bei offenem Fenster die Haut in voller Abwehrbereitschaft halten. Um aber bei diesen Maßnahmen eine übermäßige Abkühlung zu vermeiden, wird er nach den kalten Abwaschungen und Bädern oder während des Luftbades gymnastische Übungen vornehmen und die Haut frotieren; alles Maßnahmen, die das schnelle Einströmen des Blutes fördern. Mit Unterkleidung wird er sparsam umgehen und den warmen Mantel nur an wirklich kalten Tagen anlegen. Nachts ist das Fenster des ungeheizten Schlafzimmers offen zu lassen, ohne daß die schließende Bettdecke allzu dick ist. Alle diese Prozeduren sind jedoch in vollem Umfange nur bei kräftigen, an Luft und Kaltwasser gewöhnten Personen ohne Schäden durchzuführen.

Anders müssen vermeintliche und schwächliche Menschen oder Personen, die gerade von einer Erkrankung genesen sind, vorgehen. Hier ist nur ganz langsame Steigerung der Abhärtungsmaßnahmen erlaubt. Sehr empfindliche Individuen beginnen mit warmen Bädern und anschließenden lauwarmen Duschen oder Abwaschungen. Allmählich erniedrigt man die Temperaturen; schließlich kann das vorausgehende Bad ganz fortlassen. An die kalten Abwaschungen, bei denen die Haut kräftig massiert werden soll, haben sich gymnastische Übungen anzuschließen. Sofern jedoch hierbei nicht binnen kurzem Rote und Erwärmung der Haut eintraten und das anfänglich stets vorhandene Unbehagen nicht weicht, erhöhe man unbedingt sofort die Temperatur des Wassers und versuche nach einiger Zeit wieder damit vorsichtig herabzugehen. Behalich liegen die Dinge beim Luftbad mit unbedecktem Körper. Mit Freiluftbädern beginne man überhaupt nur in der warmen Jahreszeit, und auch für Zimmerluftbäder empfiehlt es sich, bis zum Spätsommer zu warten. Allerdings soll man die Kinder auch im Herbst und Winter des Abends vor dem Zubettgehen etwa 3 Minuten lang nackt im durchwärnten — nicht überheizten — Zimmer herumlaufen lassen, damit sie diese ihnen lieb gewordenen und nützlichen Gewohnheit während der wärmeren Monate, dann jedoch bei offenem Fenster, beibehalten können.

Schließlich vermag jeder an sich durch Selbstbeobachtung am ehesten festzustellen, wie weit er mit den Abhärtungsmaßnahmen gehen kann. Nachmals: unter keinen Umständen darf die Rötung und Erwärmung der Haut ausbleiben; fehlt sie, dann erhöhe man eben die Temperatur des Wassers und gehe langsam vorwärts. Auch dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, sofern nur die Abhärtungsstufen regelmäßig und mit richtiger Energie durchgeführt wird.

Kleiderstoff-Reste 85 Meter von 85 Pl an

Mittwoch 2 Donnerstag

Baumwollene Kleider- und Wäschestoff-Reste 50 Meter von 50 Pl an

Reste-Tage

- Baumwollwaren-Reste
Kleiderstoff-Reste
Seidenstoff-Reste
Möbelstoff-Reste
Gardinen-Reste
Spitzen-Reste
Band-Reste

Seidenstoffe

- Kunstseidentrikot 3.50
Helvetia-Seide 3.90
Kleiderseide 4.90
Satin riche 5.90
Crêpe de Chine 6.50
Crêpe marocain 95 Pl
Eiderflanell 1.45
Schürzenstoff 1.65

- Kleiderstoffe
Modeme Schotten 1.95
Reinw. Popeline 2.95
Reinw. Cheviot 2.25
Crêpe marocain 3.90
Knaben-Anzugstoffe 5.50
Zephir 75 Pl
Kleiderbarchent 85 Pl
Veloutine 90 Pl



Volksbühne
Der Kaufmann von Venedig
Judith
Staats-Theater
Opernhaus
Tannhäuser
Deutsches Theater
Kreidekreis
Kammerspiele
Frühlings-Erwachen
Die Komödie
Gesellschaft
Berliner Theater
Antonla
Theater in der Klosterstraße
Xaver Terofal
Herrnfeld
Internat. Varieté

Dir. A. Hellmer
Lessing-Th.
Der junge Aar
Kleines Th.
Die Alarmglocke
Trianon-Th.
Kochzeitstage
Zamovsky-Bühnen
Theater in der Königsplatz
Die Tribüne
Heinrich IV.
Hofoper
HALLER REVUE
Admiralpalast
„ACHTUNG! WELLE 505!“
Metropol-Theater
NO NO NANETTE
Residenz-Th.
Circus Heirat
Thalia-Th.
Annamarie
Theater in der Kommandantenstr.
Anneliese

Großes Schauspielhaus
Fünf Dich!
CHARELL-REVUE
300 Mitwirkende
Komische Oper
Größte Revue der Welt
Von A bis Z
Parkett 6.- M.
WALHALLA
Große Schlußkämpfe
Elite-Sänger
Reichshallen-Theater
Steffiner Sänger
Einhof-Brettel
DIREKT AUS DER PIANO-FABRIK
820 QUALITÄTS-PIANO
50. Mk. für ein Piano Monats-Raten
DEMUSIN-PIANO FABRIK

Deutsches Kästl.-Theater
Fritzel Massary: Die Teresina
Regen
Die jüdische Witwe
Lustspielhaus
Potasch & Perlmutter
Wallner-Theater
Fäden
Circus Busch
Der Graf von Monte Christo
Philharmonie
Konzert
Berliner Aertze-Chors
Wintergarten
November-Sensationen!
Theater am Zoo
Ollly-Polly
Erna Nitler
Curt Bois

Rose-Theater
Central-Theater
Inlerieren
Sport-Palast
Eröffnung Festabend
des Berliner Schlittschuh-Club
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Funktionär-Verammlung
Allgemeine Ortskrankenkasse
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Branchenverammlung
Branchenverammlung
Branchenverammlung
Branchenverammlung
Branchenverammlung

Verkaufe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Bücher
Musikinstrumente
Kaufgesuche
Verschiedenes
Arbeitsmarkt
Stellungsangebote
Tätiger Schweißer

Verkaufe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Bücher
Musikinstrumente
Kaufgesuche
Verschiedenes
Arbeitsmarkt
Stellungsangebote
Tätiger Schweißer

Verkaufe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Bücher
Musikinstrumente
Kaufgesuche
Verschiedenes
Arbeitsmarkt
Stellungsangebote
Tätiger Schweißer

Verkaufe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Bücher
Musikinstrumente
Kaufgesuche
Verschiedenes
Arbeitsmarkt
Stellungsangebote
Tätiger Schweißer

Verkaufe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Bücher
Musikinstrumente
Kaufgesuche
Verschiedenes
Arbeitsmarkt
Stellungsangebote
Tätiger Schweißer

Verkaufe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Bücher
Musikinstrumente
Kaufgesuche
Verschiedenes
Arbeitsmarkt
Stellungsangebote
Tätiger Schweißer